

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts

Band 8
Umwandlungsrecht

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts

Band 8

Umwandlungsrecht, Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Steuerrecht,
Bilanzrecht, Arbeitsrecht, Kartellrecht, Öffentliches Recht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jan Lieder, LL. M.
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Dr. Nima Ghassemi-Tabar
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Bearbeitet von

Dr. Andrea Althanns, Chef-Syndika in München; *Dr. Tobias Bauerfeind*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Caspar Behme*, Frankfurt University of Applied Science in Frankfurt/M.;
Dr. Henning Berger, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Christian Brünkmans, LL. M.*, Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Tobias Bünten*, Ldo. Derecho, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Martin Cordes*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Bonn; *Dr. Erika Eder*, Rechtsanwältin und Mediatorin in München; *Dr. Peter Etzbach, LL. M. (†)*, Rechtsanwalt in Köln; *Dr. Nima Ghassemi-Tabar*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dipl.-Vw. Dr. Carsten Grave*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Paul Sebastian Hager*, Notar in Waldbröl; *Dr. Benedikt Happ*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Dr. Susanne Hemme, LL. M.*, Rechtsanwältin und Steuerberaterin in Frankfurt/M.; *Cornelius Hille*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Dr. Andreas Hoger, LL. M.*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Dr. Kathrin Hoger, LL. M.*, Rechtsanwältin in Frankfurt/M.; *Dr. Daniela Hohenfels*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dirk Horcher, LL. M.*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Henrik Humrich, LL. M.*, Rechtsanwalt in München; *Staffan Illert*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Tim Johannsen-Roth*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Alexander Kiefner*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Kristina Klaufen-Kaiser, LL. M.*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dr. Ramona Klinzing*, Rechtsanwältin in München; *Mirko König*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Ralph Kogge*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. jur. Julia Kraft, LL. M.*, Universität Potsdam; *Dr. Thomas Lakenberg, M. Jur.*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Tobias Larisch*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Prof. Dr. Jan Lieder, LL. M.*, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; *Dr. Jan Lindenlauf*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Alexander Meyberg*, Richter am Bundesgerichtshof; *Stephan F. Oppenhoff, MCJ*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Julia Redenius-Hövermann, LL. M.*, Frankfurt School of Finance and Management, Frankfurt/M.; *Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL. M.*, Universität Bayreuth; *Dr. Martin T. Schwab*, Notar in München; *Christian Sotta*, Steuerberater in München; *Dr. Christoph Tamcke*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Dr. Jana Trapp*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dr. Thomas Voland, LL. M.*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Till Wansleben*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Simon Weiler*, Notar in München; *Dr. Cornelius Wilk, LL. M.*, Rechtsanwalt in Frankfurt/M.; *Thomas Wismann*, Rechtsanwalt in Köln;
Dr. Benedikt Wölfers, Rechtsanwalt in Berlin

6. Auflage 2025



Zitervorschlag gemäß der Beck'schen Redaktionsrichtlinie:
MHdB GesR VIII/J. Schmidt § 20 Rn. 5

beck.de

ISBN 978 3 406 77804 9

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen

Vorwort zur 6. Auflage

Die sehr gute Akzeptanz der letzten Auflage hat Verlag und Herausgeber zur Neuauflage des vorliegenden Werks bewogen. Inhaltlich gab es ohnehin mehr als genug Anlass hierfür. So ist die Neuauflage nicht zuletzt deshalb erforderlich geworden, weil – neben aktueller Rechtsprechung Literatur – eine ganze Reihe tiefgreifender Neuregelungen zu berücksichtigen waren. Das gilt in besonderem Maße für die weitreichenden Änderungen durch die Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie in Form des zugehörigen Umsetzungsgesetzes (UmRUG), das am 1.3.2023 in Kraft getreten ist. Grundlegend novelliert wurden die Vorschriften über die grenzüberschreitende Verschmelzung, während die grenzüberschreitende Spaltung und der grenzüberschreitende Formwechsel überhaupt erstmals kodifiziert worden sind. Daneben ist auch das Spruchverfahren modernisiert und ein umwandlungsspezifisches Mitbestimmungsgesetz eingeführt worden. Schließlich hat das UmRUG tiefe Spuren auch im nationalen Umwandlungsrecht hinterlassen, soweit es etwa das Rechtsschutzsystem der Anteilinhaber übernehmender Rechtsträger neu geordnet und Umwandlungsmaßnahmen im Konzern erleichtert hat.

Die jüngsten – am 1.1.2024 in Kraft getretenen – Änderungen des Umwandlungsrechts beruhen auf dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG). Die in das Gesellschaftsregister eingetragene BGB-Gesellschaft (eGbR) ist hiermit in den regulären Kreis der umwandlungsfähigen Rechtsträger aufgenommen worden. In der Folge ist der Besondere Teil des Verschmelzungsrechts dahingehend neu geordnet worden, dass nun die auf die Verschmelzung von eGbR bezogenen §§ 39 ff. UmwG die zentralen Grundlagenvorschriften für das Personengesellschaftsrecht bilden.

Zu unserem Bedauern ist Cornelius Wilk, der das Werk wesentlich mitgeprägt hat, aus persönlichen Gründen aus dem Herausgeberteam ausgeschieden. Wir konnten ihn überreden, uns zumindest als Co-Autor erhalten zu bleiben und selbstverständlich ist er im Herausgeberteam jederzeit wieder willkommen. Neu im Autorenteam begrüßen dürfen wir (in alphabetischer Reihenfolge) Dr. Tobias Bauerfeind, Dr. Erika Eder, Dr. Benedikt Happ, Cornelius Hille, Dr. Daniela Hohenfels, Dr. Ramona Klinzing, Christian Sotta, Dr. Christoph Tamcke, Dr. Jana Trapp und Thomas Wismann.

Unser herzlicher Dank gilt den Autor:innen, die diese Neuauflage möglich gemacht haben sowie natürlich Herrn Matthias Hoffmann vom C.H.Beck-Verlag für seinen unermüdlichen Einsatz!

Freiburg/Frankfurt Juli 2024

Jan Lieder,
Nima Ghassemi-Tabar

Aus dem Vorwort zur 5. Auflage

Eine Umwandlungsmaßnahme gehört für die betroffenen Gesellschaften nicht selten zu den einschneidendsten Ereignissen der Unternehmensgeschichte. Wenn vormals integrierte Unternehmensteile eigene Wege gehen, bislang eigenständige Gesellschaften miteinander fusionieren oder Gesellschaften – etwa zur Vorbereitung eines Börsengangs – das Rechtskleid wechseln, berührt dies nicht weniger als das rechtliche Fundament, die wirtschaftliche Identität und das tradierte Selbstverständnis von Unternehmen. Die Visibilität und Bedeutung der Maßnahme greift regelmäßig weit über den formal-gesellschaftsrechtlichen Bereich hinaus. Ebenso grundlegend betroffen sind regelmäßig die Interessen der Personen, die rechtliche oder wirtschaftliche Beziehungen zu den betroffenen Rechtsträgern unterhalten – sei es als Anteilseigner, Organmitglieder, Arbeitnehmer, finanzierende Bank oder Geschäftspartner. Zudem sind Aufsichtsbehörden im Einzelfall einzubinden, wenn die Umwandlungsmaßnahme eine marktbeherrschende Stellung zu begründen droht oder die beteiligten Rechtsträger der Finanzaufsicht unterliegen.

Neben schlagzeilenträchtigen Großumwandlungen finden Umwandlungsmaßnahmen auch in überschaubarer Form statt, etwa in Form einer Ausgliederung einzelner Betriebs- teile in eine (andere) Konzerngesellschaft oder mittels Integration einer Tochtergesellschaft per Upstream-Verschmelzung auf die Konzernmutter. Auch in diesen Fällen werden jedoch allein die arbeits-, bilanz- und steuerrechtlichen Auswirkungen der Umwandlung häufig dafür sorgen, dass die Maßnahme kein Ein-Personen-Projekt bleibt, sondern ihr Erfolg von Beiträgen aus mehreren Fach- bzw. Unternehmensbereichen getragen wird. Eine Umwandlung, die sich allein nach Maßgabe des Umwandlungsgesetzes vollzieht, ist praktisch kaum denkbar.

Diesen zwingend rechtsgebietsübergreifenden Charakter von Umwandlungen ernst zu nehmen, ist Ziel des vorliegenden Werks. Die Darstellung orientiert sich am Umwandlungsrecht als gesellschaftsrechtlich vorgeprägtem Knotenpunkt unterschiedlicher Rechtsgebiete. Ausgehend von den drei großen Kategorien des Umwandlungsgesetzes – Verschmelzung, Spaltung und Formwechsel – stehen im Allgemeinen Teil (§§ 1–43) zunächst die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der verschiedenen Umwandlungsmaßnahmen im Vordergrund. Der Besondere Teil (§§ 44–77) befasst sich sodann in Form in sich geschlossener Darstellungen mit den einzelnen Spezialgebieten, die zwar nicht unmittelbar Gegenstand des Umwandlungsgesetzes sind, jedoch im Zusammenhang mit Umwandlungsmaßnahmen besondere Wirkmacht entfalten können. Dazu gehören das Arbeits- und Steuerrecht, Umwandlungen in Krise und Insolvenz, kartellrechtliche Gesichtspunkte sowie aufsichts- und sonstige öffentlichrechtliche Besonderheiten.

Das Werk wendet sich sowohl an Spezialisten, die darauf angewiesen sind, im eigenen Spezialgebiet und in benachbarten umwandlungsrelevanten Rechtsgebieten den Überblick zu behalten, als auch an Generalisten in Schnittstellenfunktionen, die mehrere Aspekte einer Umwandlungsmaßnahme gleichzeitig verantworten. Mit Blick auf seinen wissenschaftlichen Anspruch soll der Band auch mit dem Umwandlungsrecht befassten Wissenschaftlern und Nachwuchsjuristen als systematisches Nachschlagewerk dienen, Orientierung geben und eine Vertiefung in Grundsatz- und Detailfragen ermöglichen.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	LV
Allgemeines Literaturverzeichnis	LXXV

Teil 1. Allgemeiner Teil

1. Kapitel. Grundlagen

§ 1 Historischer Hintergrund	1
§ 2 Rechtspraktische Bedeutung	8
§ 3 Strukturmaßnahmen innerhalb und außerhalb des UmwG	22
§ 4 Strukturprinzipien des UmwG	38
§ 5 Europäisches und Internationales Umwandlungsrecht	62

2. Kapitel. Verschmelzung

§ 6 Verschmelzungsarten	74
§ 7 Verschmelzungsfähige Rechtsträger	93
§ 8 Verschmelzungsvertrag	111
§ 9 Verschmelzungsbericht	169
§ 10 Verschmelzungsprüfung	198
§ 11 Verschmelzungsbeschluss	232
§ 12 Registerverfahren	251
§ 13 Rechtsfolgen der Verschmelzung	270
§ 14 Beschlussmängel	355
§ 15 Rechtsformspezifische Besonderheiten der Verschmelzung	456
§ 16 Konzernverschmelzungen	688
§ 17 Verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	723
§ 18 Grenzüberschreitende Verschmelzung	744
§ 19 SE-Gründung durch Verschmelzung	881

3. Kapitel. Spaltung

§ 20 Spaltungsarten	905
§ 21 Spaltungsfähige Rechtsträger	914
§ 22 Spaltungsvertrag; Spaltungsplan	921
§ 23 Spaltungsbericht	949
§ 24 Spaltungsprüfung	965
§ 25 Spaltungsbeschluss	976
§ 26 Registerverfahren	986
§ 27 Rechtsfolgen der Spaltung	995
§ 28 Beschlussmängel	1060
§ 29 Rechtsformspezifische Besonderheiten der Spaltung	1075
§ 30 Grenzüberschreitende Spaltung	1197
§ 31 SE-Gründung durch Spaltung	1227

4. Kapitel. Formwechsel

§ 32 Einbezogene Rechtsträger	1231
§ 33 Formwechselbericht	1247
§ 34 Formwechselbeschluss	1262
§ 35 Registerverfahren	1282
§ 36 Rechtsfolgen des Formwechsels	1291

Inhaltsübersicht

§ 37 Beschlussmängel	1313
§ 38 Rechtsformspezifische Besonderheiten des Formwechsels	1331
§ 39 Grenzüberschreitender Formwechsel	1452
§ 40 Gründung einer SE durch Formwechsel	1488

5. Kapitel. Sonstige Umwandlungsmaßnahmen

§ 41 Vermögensübertragung	1514
§ 42 Umwandlungsmaßnahmen unter Beteiligung von Rechtsträgern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft	1544
§ 43 Gründung einer gemeinsamen Holding- oder Tochter-SE	1572

Teil 2. Besonderer Teil

1. Kapitel. Umwandlungen in Krise und Insolvenz

§ 44 Einführung	1605
§ 45 Umwandlungsmaßnahmen in Krise und Insolvenzzreife (vor Insolvenzantrag)	1606
§ 46 Umwandlungen im Insolvenzverfahren, insbesondere Insolvenzplanverfahren	1659

2. Kapitel. Steuerrecht

§ 47 Steuerliche Auswirkungen von Umwandlungen – Anwendungsbereich des UmwStG . .	1694
§ 48 Verschmelzung	1700
§ 49 Umwandlungssteuerrechtliche Regelungen zur Spaltung	1743
§ 50 Formwechsel	1785
§ 51 Sonstige Umwandlungsmaßnahmen	1791
§ 52 Grunderwerbsteuerliche Aspekte	1796
§ 53 Umsatzsteuer in der Umwandlung	1817
§ 54 Auswirkungen von Umwandlungen auf ertragsteuerliche Organschaftsverhältnisse	1820

3. Kapitel. Arbeitsrecht

§ 55 Umwandlungen und Arbeitsrecht – eine Einführung	1835
§ 56 Arbeitsrechtliche Vorgaben für die Vorbereitung und die Durchführung von Umwandlungen	1839
§ 57 Arbeitsrechtliche Folgen von Umwandlungen	1898

4. Kapitel. Bilanzrecht

§ 58 Verschmelzung	1962
§ 59 Spaltung	1994
§ 60 Formwechsel	2040
§ 61 Sonstige Umwandlungsmaßnahmen	2059

5. Kapitel. Kartellrecht

§ 62 Fusionskontrollrechtliche Anmeldepflicht der Umwandlungsmaßnahme	2069
§ 63 Kartellrechtliche Auswirkungen einer Umwandlungsmaßnahme	2108

6. Kapitel. Weitere Besonderheiten

§ 64 Bankaufsichtsrecht	2123
§ 65 Versicherungsaufsichtsrecht	2158
§ 66 Kapitalmarktrecht	2165
§ 67 Immobilienrecht bei Umwandlungen	2199
§ 68 Umweltrecht	2209
§ 69 Firmenrecht bei Umwandlungen	2273
§ 70 Notar- und Kostenrecht	2280
§ 71 Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	2313

Inhaltsübersicht

7. Kapitel. Investmentrechtliches Umwandlungsrecht

§ 72 Aufsichtsrecht	2345
§ 73 Steuerrecht	2361

8. Kapitel. Öffentlich-rechtliches Umwandlungsrecht

Vorbemerkung zu §§ 74–77	2373
§ 74 Rechtsquellen und generelle Leitlinien für Umwandlungen unter Beteiligung der öffentlichen Hand	2373
§ 75 Umwandlungsvorgänge bei oder zwischen öffentlich-rechtlichen Rechtsträgern	2403
§ 76 Umwandlungsvorgänge von öffentlich-rechtlicher in privatrechtliche Rechtsform	2423
§ 77 Umwandlungsvorgänge von privatrechtlicher in öffentlich-rechtliche Rechtsform	2440
Sachverzeichnis	2461

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	LV
Allgemeines Literaturverzeichnis	LXXV

Teil 1. Allgemeiner Teil

1. Kapitel. Grundlagen

§ 1 Historischer Hintergrund	1
I. Anfänge des Umwandlungsrechts	1
1. Verschmelzung	1
2. Formwechsel	3
3. Spaltung	3
II. Entstehung des UmwG 1994	4
1. Ausgangslage und Zielsetzung	4
2. Gesetzgebungsverfahren	5
III. Fortentwicklung nach 1995	6
§ 2 Rechtspraktische Bedeutung	8
I. Grundlagen	9
1. Wirtschaftliche Beweggründe	9
2. Vor- und Nachteile im Vergleich zu Gestaltungsalternativen	11
3. Rechtstatsachen	12
II. Verschmelzung	13
1. Wirtschaftliche Beweggründe	13
2. Vor- und Nachteile im Vergleich zu Gestaltungsalternativen	14
III. Spaltung	16
1. Wirtschaftliche Beweggründe	16
2. Vor- und Nachteile im Vergleich zu Gestaltungsalternativen	18
IV. Vermögensübertragung	18
V. Formwechsel	19
1. Wirtschaftliche Beweggründe	19
2. Vor- und Nachteile im Vergleich zu Gestaltungsalternativen	21
§ 3 Strukturmaßnahmen innerhalb und außerhalb des UmwG	22
I. Systematik des UmwG	22
II. Umwandlungskonstellationen	23
1. Verschmelzung	24
2. Spaltung	27
3. Vermögensübertragung	30
4. Formwechsel	31
III. Strukturmaßnahmen außerhalb des UmwG	32
1. Grundlagen	32
2. Einzelübertragung	33
3. Anwachsungsmodell	34
4. Übertragende Auflösung	36
5. Eingliederung	37
6. Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	37
§ 4 Strukturprinzipien des UmwG	38
I. Rechtsträger	39

Inhaltsverzeichnis

II. Numerus clausus der Umwandlungsfälle	40
1. Typenlimitierung und Analogieverbot	40
2. Typenfixierung	42
3. Mischumwandlung	43
III. Universalsukzession	44
1. Universalsukzession als rechtstechnisches Prinzip	45
2. Universalsukzession kraft Rechtsgeschäfts	47
3. Sukzessionsfreiheit: Grundsatz und Grenzen	49
4. Spezialitätsprinzip	51
5. Bestimmtheitsprinzip	51
6. Prinzip des umwandlungsrechtlichen Bestandsschutzes	52
7. Entbehrlichkeit der Abwicklung	54
IV. Identität und Diskontinuität beim Formwechsel	54
1. Identität des Rechtsträgers	54
2. Diskontinuität der Verbandsform	55
3. Identität als Struktur- und Wertungsprinzip	55
V. Sukzessionsschutz	56
1. Individual- und Minderheitenschutz	56
2. Gläubigerschutz	57
3. Arbeitnehmerschutz	59
VI. Ausstrahlungswirkung und Interdependenzen	59
1. Grundlagen	59
2. Anwendungsbereich	59
3. Interdependenzen zwischen UmwG und WpÜG	61
VII. Ablauf einer Umwandlung	62
§ 5 Europäisches und Internationales Umwandlungsrecht	62
I. Harmonisierung des Umwandlungsrechts	63
1. Fusionsrichtlinie	64
2. Spaltungsrichtlinie	64
3. Internationale Fusionsrichtlinie	65
4. Umwandlungsrichtlinie	65
5. Richtlinienkonforme Auslegung des UmwG	66
II. Grenzüberschreitende Umwandlungen	67
1. Gesellschaften aus EU und EWR	67
2. Gesellschaften aus Drittstaaten	70
III. Umwandlungsfähigkeit europäischer Rechtsformen	71
1. EWIV	71
2. SE	72
3. SCE	72
4. SPE, SUP	72

2. Kapitel. Verschmelzung

§ 6 Verschmelzungsarten	74
I. Beweggründe für eine Verschmelzung	75
1. Wirtschaftliche und unternehmerische Ziele	75
2. Vor- und Nachteile einer Verschmelzung	75
II. Arten der Verschmelzung	77
1. Verschmelzung durch Aufnahme (§ 2 Nr. 1 UmwG)	77
2. Verschmelzung durch Neugründung (§ 2 Nr. 2 UmwG)	78
III. Wesensmerkmale der Verschmelzung	78
1. Vermögensübertragung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	78
2. Auflösung übertragender Rechtsträger ohne Abwicklung	79
3. Gegenleistung	79
4. Anteilsinhaber	81
IV. Zeitlicher Ablauf einer Verschmelzung	81
1. Planungsphase	81
2. Vorbereitungsphase	81

Inhaltsverzeichnis

3. Beschlussphase	82
4. Vollzugsphase	82
V. Besondere Verschmelzungskonstellationen	82
1. Tochter-Mutter-Verschmelzung (Upstream merger)	82
2. Mutter-Tochter-Verschmelzung (Downstream merger)	83
3. Schwesterverschmelzung (Sidestream merger)	84
4. Enkelverschmelzung	85
5. Dreiecksverschmelzung (Triangular merger)	85
6. Mehrfachverschmelzung	86
7. Kettenverschmelzung	87
8. Grenzüberschreitende Verschmelzung	89
VI. Kosten der Verschmelzung	89
1. Beurkundungskosten	90
2. Handelsregisterkosten	92
3. Grundbuchberichtigungskosten	92
4. Regelung zur Kostentragung	93
VII. Abgrenzung zu fusionsähnlichen Strukturmaßnahmen	93
§ 7 Verschmelzungsfähige Rechtsträger	93
I. Überblick	94
II. Uneingeschränkt verschmelzungsfähige Rechtsträger (§ 3 Abs. 1 UmwG)	96
1. Personen(handels)gesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 UmwG)	96
2. Kapitalgesellschaften (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 UmwG)	98
3. Eingetragene Genossenschaften (e. G.) (§ 3 Abs. 1 Nr. 3, §§ 79 ff. UmwG)	101
4. Eingetragene Vereine (e. V.) (§ 3 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2, §§ 99 ff. UmwG)	102
5. Genossenschaftliche Prüfungsverbände (§ 3 Abs. 1 Nr. 5, §§ 105 ff. UmwG)	102
6. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG) (§ 3 Abs. 1 Nr. 6, § 109 UmwG)	102
7. Europäische Aktiengesellschaften (SE)	102
8. Europäische Genossenschaften (SCE)	103
III. Eingeschränkt verschmelzungsfähige Rechtsträger (§ 3 Abs. 2 UmwG)	103
1. Wirtschaftliche Vereine (§ 3 Abs. 2 Nr. 1, § 99 UmwG)	103
2. Natürliche Personen (§ 3 Abs. 2 Nr. 2, § 120 UmwG)	104
IV. Aufgelöste Rechtsträger (§ 3 Abs. 3 UmwG)	104
1. Aufgelöste Rechtsträger als übertragende Rechtsträger	104
2. Aufgelöste Rechtsträger als übernehmende Rechtsträger	108
V. Überschuldete Rechtsträger	109
1. Überschuldete Rechtsträger als übertragende Rechtsträger	109
2. Überschuldete Rechtsträger als übernehmende Rechtsträger	110
VI. Mischverschmelzungen (§ 3 Abs. 4 UmwG)	110
§ 8 Verschmelzungsvertrag	111
I. Überblick	114
II. Rechtsnatur des Verschmelzungsvertrags	114
1. Körperschaftlicher Organisationsakt	114
2. Schuldrechtlicher Austauschvertrag	114
III. Form des Verschmelzungsvertrags (§ 6 UmwG)	115
1. Gegenstand der Beurkundung	116
2. Zeitpunkt der Beurkundung	117
3. Beurkundung im Ausland	118
IV. Abschluss des Verschmelzungsvertrags	120
1. Vertragsabschluss (§ 4 Abs. 1 UmwG)	120
2. Vertragsentwurf (§ 4 Abs. 2 UmwG)	122
3. Zustimmungserfordernisse	125
V. Mindestinhalt des Verschmelzungsvertrags (§ 5 Abs. 1 UmwG)	126
1. Name/Firma und Sitz der beteiligten Rechtsträger (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 UmwG)	127

Inhaltsverzeichnis

2. Vermögensübertragung als Ganzes gegen Gewährung von Anteilen oder Mitgliedschaften (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 UmwG)	127
3. Umtauschverhältnis der Anteile, Höhe der baren Zuzahlung bzw. Angaben über die Mitgliedschaft (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 UmwG)	129
4. Einzelheiten der Anteilsübertragung oder des Erwerbs der Mitgliedschaft (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 UmwG)	133
5. Zeitpunkt der Gewinnbeteiligung (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 UmwG)	134
6. Verschmelzungsstichtag (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 UmwG)	136
7. Rechte einzelner Anteilsinhaber und Inhaber besonderer Rechte (§ 5 Abs. 1 Nr. 7 UmwG)	138
8. Gewährung von Sondervorteilen (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 UmwG)	139
9. Folgen der Verschmelzung für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertretungen (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 UmwG)	142
VI. Sonstiger zwingend erforderlicher Inhalt des Verschmelzungsvertrags	150
1. Abfindungsangebot/Austrittsrecht (§§ 29, 30 UmwG)	150
2. Rechtsformspezifische Besonderheiten	150
3. Verschmelzung durch Neugründung	151
VII. Fakultative Regelungen im Verschmelzungsvertrag	151
1. Bedingungen und Befristungen des Verschmelzungsvertrags	151
2. Kündigungsrechte	152
3. Besondere Verpflichtungen des übernehmenden Rechtsträgers	152
4. Weitere fakultative Regelungen	152
VIII. Konzernverschmelzung (§ 5 Abs. 2 UmwG)	154
IX. Zuleitung an den Betriebsrat (§ 5 Abs. 3 UmwG)	154
1. Normzweck	154
2. Gegenstand der Zuleitung	154
3. Zuständiger Betriebsrat/Fehlen eines Betriebsrats	155
4. Zuleitungsfrist	156
5. Änderungen nach Zuleitung	157
6. Nachweis nach § 17 Abs. 1 UmwG	157
X. Auslegung des Verschmelzungsvertrags	157
XI. Mängel des Verschmelzungsvertrags	158
1. Formmängel	158
2. Abschlussmängel	159
3. Inhaltsmängel/Unvollständigkeit	159
4. Beschlussmängel	160
5. Heilung	161
XII. Rechtsfolgen des Verschmelzungsvertrags	161
1. Erfüllungsansprüche	161
2. Durchsetzung	161
3. Kündigung und Rücktritt	163
4. Ansprüche aus	165
XIII. Aufhebung und Abänderung des Verschmelzungsvertrags	166
1. Vor Eintragung	166
2. Nach Eintragung	168
§ 9 Verschmelzungsbericht	169
I. Sinn und Zweck des Verschmelzungsberichts	170
II. Erstattung des Verschmelzungsberichts	171
1. Schuldner der Berichtspflicht	171
2. Form des Berichts	172
III. Inhalt des Verschmelzungsberichts/Umfang der Berichtspflicht (§ 8 Abs. 1 UmwG)	173
1. Erläuterung der Verschmelzung	175
2. Erläuterung des Verschmelzungsvertrags	177
3. Erläuterung des Umtauschverhältnisses und der zugrundeliegenden Bewertungsmethode	178
4. Angaben über die Mitgliedschaft beim übernehmenden Rechtsträger	188

Inhaltsverzeichnis

5. Erläuterung der Höhe der Barabfindung und der zugrundeliegenden Bewertungsmethode	188
6. Angaben zu Folgen für die Beteiligung der Anteilsinhaber	189
7. Erweiterte Berichtspflichten bei verbundenen Unternehmen	191
IV. Auskunftspflichten	192
V. Grenzen der Berichtspflicht (§ 8 Abs. 2 UmwG)	193
VI. Ausnahmen von der Berichtspflicht (§ 8 Abs. 3 UmwG)	194
1. Verzicht	194
2. Konzernverschmelzungen	195
3. Personenhandelsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften	195
VII. Rechtsfolgen fehlerhafter Berichte	196
§ 10 Verschmelzungsprüfung	198
A. Einführung	200
I. Allgemeines	200
II. Verhältnis zu anderen Prüfungen	201
III. Gesetzssystematik	202
B. Prüfungspflicht, Antragsprüfung und Ausnahmen	202
I. Generell prüfungspflichtige Verschmelzungen	202
1. Pflichtprüfung ohne Verzichtsmöglichkeit	202
2. Pflichtprüfung mit Verzichtsmöglichkeit	203
II. Auf Antrag zu prüfende Verschmelzungen	205
1. Verschmelzung unter Beteiligung einer OHG oder einer KG (§ 44 UmwG)	205
2. Verschmelzung unter Beteiligung einer PartG (§ 45e UmwG)	206
3. Verschmelzung unter Beteiligung einer GmbH (§ 48 UmwG)	206
4. Verschmelzung unter Beteiligung eines e. V. (§ 100 S. 2 UmwG)	206
III. Ausnahmen von der Berichts- und Prüfpflicht	208
1. Allgemeines	208
2. Entbehrlichkeit der Prüfung bei Konzernsachverhalten (§ 8 Abs. 3 UmwG)	208
3. Verzichtserklärung (§§ 9 Abs. 2 iVm 8 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 UmwG)	209
4. Entbehrlichkeit der Prüfung bei Upstream-SE-Verschmelzungsgründung mit 100 %-Tochtergesellschaft	209
5. Entbehrlichkeit der Prüfung bei Upstream-SE-Verschmelzungsgründung mit 90 %-Tochtergesellschaft (Art. 31 Abs. 2 SE-VO)?	210
C. Prüfungsgegenstand	211
D. Prüfungsmaßstab	212
I. Allgemeines	212
II. Vollständigkeit	213
III. Richtigkeit	213
IV. Angemessenes Umtauschverhältnis	214
1. Allgemeines	214
2. Bewertungsmethoden	215
3. Gleichbehandlung von Anteilsinhabern	215
4. Verbundvorteile, Synergieeffekte	215
E. Person des Verschmelzungsprüfers	216
I. Bestellung	216
1. Antrag	216
2. Zuständigkeit	217
3. Gerichtliche Entscheidung und Rechtsmittel	219
II. Rechte und Pflichten des bestellten Verschmelzungsprüfers	221
1.) Rechtsgrundlage	221
2.) Auswahlkriterien	222
3.) Auskunftsrecht	223
4.) Pflichten des bestellten Verschmelzungsprüfers	224
5.) Vergütung	226
F. Prüfungsbericht	226
I. Inhalt	226
II. Form	228
III. Offenlegung gegenüber Anteilseignern	228

Inhaltsverzeichnis

IV. Entbehrlichkeit und Verzicht (§ 12 Abs. 3 UmwG)	229
V. Rechtsfolgen und Mängel des Prüfungsberichts	230
1. Prüfungsbericht mit Feststellung eines angemessenen Umtauschverhältnisses	230
2. Prüfungsbericht mit Feststellung eines unangemessenen Umtauschverhältnisses	230
3. Prüfungsbericht mit Feststellung einer Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Verschmelzungsvertrags	231
4. Unvollständiger, fehlender oder mangelhafter Prüfungsbericht	231
§ 11 Verschmelzungsbeschluss	232
I. Beschlusserfordernis und Ausnahmen	233
II. Zuständigkeit der Anteilshaber	235
III. Beschlussfassung in Versammlung der Anteilshaber	236
1. Versammlungszwang	236
2. Vorbereitung und Durchführung der Versammlung	237
3. Stimmrecht	238
4. Mehrheitserfordernisse	240
5. Besondere Zustimmungserfordernisse	243
IV. Zeitpunkt der Beschlussfassung	244
V. Beschlussgegenstand und Beschlussinhalt	245
1. Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag oder Vertragsentwurf	245
2. Alternativentwürfe und Änderungsmöglichkeiten	245
3. Nebenbestimmungen	247
4. Materielle Beschlusskontrolle	247
VI. Form	248
VII. Beschlusswirkungen	250
VIII. Kosten	251
§ 12 Registerverfahren	251
I. Überblick	252
II. Anmeldungen	252
1. Erforderliche Anmeldungen	252
2. Zuständiges Registergericht	252
3. Anmeldeberechtigte	253
4. Inhalt der Anmeldung	255
III. Anlagen	258
1. Allgemeines	258
2. Schlussbilanz	259
3. Zuleitung an Betriebsrat	263
4. Gesellschafterlisten	264
5. Sonstige Unterlagen	264
IV. Behebung von Mängeln	264
1. Unvollständige Umwandlungsdokumentation	265
2. Verspätete Einreichung	265
3. Inhaltliche Mängel	266
V. Registerverfahren	266
1. Prüfungsumfang	266
2. Eintragungsverfahren	268
3. Wirkung der Eintragung	269
4. Bekanntmachung	269
§ 13 Rechtsfolgen der Verschmelzung	270
A. Grundsätzliches	273
B. Wirkungen der Eintragung	274
I. Maßgeblicher Zeitpunkt	274
II. Gesamtrechtsnachfolge	275
1. Allgemeines	275
2. Einzelfälle	276
3. Ausländisches Vermögen	302

Inhaltsverzeichnis

III. Erlöschen des übertragenden Rechtsträgers	304
IV. Automatischer Anteilswerb	305
1. Erwerb von Anteilen am übernehmenden Rechtsträger	305
2. Ausnahmen von dem Grundsatz des automatischen Anteilserwerbs	306
3. Fortbestehen von Rechten Dritter	307
V. Heilung/Unbeachtlichkeit von Mängeln durch Eintragung	308
1. Keine Rückgängigmachung der Verschmelzung	309
2. Mängel der notariellen Beurkundung des Verschmelzungsvertrags	309
3. Beurkundungsmängel von Zustimmungs- und Verzichtserklärungen	310
4. Unbeachtlichkeit von sonstigen Verschmelzungsmängeln	310
5. Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht/Außenwirtschaftsrecht	311
C. Gläubigerschutz	313
I. Allgemeines	313
II. Gläubigerschutz durch Sicherheitsleistung	313
1. Berechtigte Gläubiger	314
2. Glaubhaftmachung der Anspruchsgefährdung	317
3. Weitere Anspruchsvoraussetzungen	319
4. Hinweispflicht des Registergerichts	321
5. Ausschluss des Anspruchs auf Sicherheitsleistung	321
6. Anspruchsinhalt	322
7. Durchsetzung und Schadensersatz	323
8. Sicherheitsleistung bei grenzüberschreitender Verschmelzung	323
III. Gläubigerschutz durch Schadensersatzanspruch	325
1. Anspruchsverpflichteter und -berechtigter	325
2. Anspruchsvoraussetzungen	327
3. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	328
IV. Gläubigerschutz durch Kapitalerhaltung/aufbringung	330
D. Besonderer Schutz von Sonderrechtsinhabern	331
I. Betroffene Rechte	331
1. Anteile ohne Stimmrecht	331
2. Schuldverschreibungen	332
3. Genussrechte	333
4. Weitere erfasste Rechte	333
II. Schuldner/Fälligkeit/Verschmelzungsvertrag/Abdingbarkeit	333
III. Rechtsfolgen	334
1. Gewährung gleichwertiger Rechte	334
2. Durchsetzung des Anspruchs	335
E. Minderheitenschutz	336
I. Notwendigkeit	336
II. Gesetzlich vorgesehene Instrumente des Minderheitenschutzes	336
1. Informationspflichten	337
2. Mehrheitsregelungen	338
3. Zustimmungserfordernisse	338
4. Anspruch auf Schadensersatz	338
5. Nachbesserungsansprüche	339
6. Abfindungs- und Austrittsrechte	339
7. Anderweitige Veräußerung	352
8. Besonderheiten bei der grenzüberschreitenden Verschmelzung	353
§ 14 Beschlussmängel	355
A. Rechtsschutzsystem	360
I. Ausgangspunkt	360
II. Zusammenspiel von Beschlussmängel-, Freigabe- und Spruchverfahren	361
III. Rechtspolitische Kritik bzgl. der Asymmetrie der Rechtsbehelfe	362
B. Beschlussmängelverfahren	363
I. Verfahren	363
1. Verfahrensgrundsätze	363
2. Wirkung der Klageerhebung	364
3. Beschlussmängelverfahren gegen Kapitalerhöhungsbeschluss	365

Inhaltsverzeichnis

II. Beschlussmängel	365
1. Verfahrensfehler	365
2. Inhaltliche Fehler	369
3. Ausschluss der Bewertungsrügen	376
III. Zulässigkeit und Begründetheit	381
1. Rügeausschluss	381
2. Aktiv- und Passivlegitimation	382
3. Ausschlussfrist	382
4. Beschlussmangel	385
IV. Wirkung der Eintragung der Verschmelzung auf Beschlussmängelverfahren	385
1. Modifikation des Rechtsschutzinteresses	385
2. Modifikation des Beschlussmängelverfahrens	386
C. Freigabeverfahren	388
I. Funktion	388
II. Verfahren	389
1. Verfahrensgrundsätze	389
2. Ablauf des Verfahrens	390
3. Glaubhaftmachung	391
4. Wirkung der Entscheidung	392
5. Rechtsbehelf	393
6. Streitwert, Gebühren und Kosten	393
III. Zulässigkeit	393
1. Zuständigkeit	393
2. Antrag	393
3. Statthaftigkeit	394
4. Antragsfrist	394
5. Rechtsschutzbedürfnis	394
IV. Begründetheit	395
1. Erfolgsaussichten der Klage	395
2. Bagatellquorum	397
3. Interessenabwägung	400
V. Schadensersatzpflicht	408
VI. Analoge Anwendung für Kapitalerhöhungen	409
D. Spruchverfahren	410
I. Funktion	410
II. Verfahren	411
1. Anwendungsbereich	411
2. Verfahrensgrundsätze	412
3. Beteiligte	413
4. Ablauf des Verfahrens	414
5. Entscheidung	415
6. Vergleich	416
7. Rechtsbehelf	417
8. Streitwert, Gebühren und Kosten	418
III. Zulässigkeit	418
1. Zuständigkeit	418
2. Antrag	419
3. Antragsberechtigung	420
4. Antragsfrist	422
5. Antragsbegründung	422
6. Rechtsschutzbedürfnis	423
IV. Begründetheit	423
1. Verfassungsrechtliche Mindestanforderungen	424
2. Barabfindung	425
3. Umtauschverhältnis	426
V. Gerichtliche Bestimmung der Kompensation	429
1. Barabfindung	430
2. Umtauschverhältnis	431

Inhaltsverzeichnis

VI. Bewertungsfragen	438
1. Bewertungsmethoden	438
2. Normative Vorgaben für die Bewertung	444
3. Gerichtlicher Kontrollmaßstab	450
§ 15 Rechtsformspezifische Besonderheiten der Verschmelzung	456
A. Aktiengesellschaft, SE und KGaA	462
I. Einführung und Regelungssystematik für Verschmelzungen unter Beteiligung von Aktiengesellschaften	462
II. Verschmelzung durch Aufnahme, §§ 60 bis 72b UmwG	463
1. Verschmelzungsprüfung, §§ 60, 9 bis 12 UmwG	463
2. Einreichung und Bekanntmachung des Verschmelzungsvertrags, § 61 UmwG	465
3. Verschmelzungsbeschluss der Hauptversammlung	470
4. Anwendung der Vorschriften über die Nachgründung, § 67 UmwG	487
5. Kapitalerhöhung bei dem übernehmenden Rechtsträger	490
6. Geltendmachung eines Schadenersatzanspruchs nach § 70 UmwG	507
7. Bestellung eines Treuhänders bei AG oder KGaA als übernehmender Rechtsträger nach § 71 UmwG	507
8. Umtausch von Aktien nach § 72 UmwG	509
9. Gewährung zusätzlicher Aktien nach § 72a UmwG	510
10. Kapitalerhöhung zur Gewährung zusätzlicher Aktien nach § 72b UmwG	519
III. Verschmelzung durch Neugründung gemäß §§ 73–76 UmwG	523
1. Anzuwendende Vorschriften, § 73 UmwG	523
2. Inhalt der Satzung, § 74 UmwG	524
3. Gründungsbericht und Gründungsprüfung, § 75 UmwG	525
4. Verschmelzungsbeschlüsse, § 76 UmwG	526
IV. Besonderheiten unter Beteiligungen von Kommanditgesellschaften auf Aktien, § 78 UmwG	528
1. Allgemeines zur Vorschrift	528
2. Verweis auf Vorschriften über Aktiengesellschaften, § 78 S. 1 UmwG	528
3. Rechtsstellung der persönlich haftenden Gesellschafter, § 78 S. 2 UmwG	528
4. Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter, § 78 S. 3 UmwG	529
5. Rechtsstellung der Gesellschafter nach der Verschmelzung	529
6. Barabfindung, § 78 S. 4 UmwG	530
V. Besonderheiten unter Beteiligung einer Societas Europaea (SE)	531
1. Beteiligungsfähigkeit einer SE an Verschmelzungsvorgängen nach dem UmwG	531
2. Verschmelzung zur Aufnahme nach dem UmwG	531
3. Verschmelzung durch Neugründung	532
4. Beteiligungsfähigkeit einer ausländischen SE an grenzüberschreitenden Verschmelzungsvorgängen nach dem UmwG	533
B. GmbH	533
I. Einführung	534
1. Regelungssystematik	534
2. Verschmelzungsfähigkeit der Vor-GmbH	534
3. Verschmelzungsfähigkeit der UG (haftungsbeschränkt)	534
II. Verschmelzung durch Aufnahme (§§ 46 bis 55 UmwG)	536
1. Inhalt des Verschmelzungsvertrags (§ 46 UmwG)	536
2. Verschmelzungsprüfung (§ 48 UmwG)	540
3. Einberufung und Vorbereitung der Gesellschafterversammlung (§§ 47, 49 UmwG)	540
4. Verschmelzungsbeschluss (§§ 50, 51 UmwG)	544
5. Anteilsgewährung (§§ 20 Abs. 1 Nr. 3 S. 1, 54, 55 Abs. 1 und 3 UmwG)	551
6. Besonderheiten bezüglich Registeranmeldung und -eintragung (§§ 52, 53, 55 Abs. 2 UmwG)	568
III. Verschmelzung durch Neugründung (§§ 56 bis 59 UmwG)	571
1. Anzuwendende Vorschriften (§ 56 UmwG)	571

Inhaltsverzeichnis

2. Besondere Vorschriften für als GmbH organisierten neuen Rechtsträger (§§ 57 bis 59 UmwG)	572
C. Eingetragene Genossenschaft (eG)	579
I. Einführung und praktische Relevanz	579
1. Möglichkeiten der Verschmelzung	579
2. Verschmelzung zweier Genossenschaften	580
3. Verschmelzung 100%iger Tochtergesellschaften	580
II. Die Verschmelzung eingetragener Genossenschaften durch Aufnahme	580
1. Verschmelzungsvertrag	580
2. Verschmelzungsbericht	589
3. Prüfungsgutachten	590
4. General- bzw. Vertreterversammlung (Verschmelzungsversammlung)	593
5. Anfechtung der Verschmelzungsbeschlüsse	601
6. Verbesserung der Umtauschverhältnisse (§ 85 UmwG)	601
III. Eintragung der Verschmelzung	602
1. Ergänzende Unterlagen zur Anmeldung	602
2. Wirkung der Eintragung	602
IV. Mitgliedschaft in der übernehmenden Genossenschaft	604
1. Erwerb der Mitgliedschaft	604
2. Benachrichtigung	605
3. Ausschlagung	606
4. Auseinandersetzungsanspruch	608
5. Beteiligungsfonds	608
6. Fälligkeit und Verjährung des Auseinandersetzungsanspruchs	609
V. Fortdauer der Nachschusspflicht	609
1. Die Nachschusspflicht als besondere Haftungsform bei Genossenschaften ..	609
2. Die Nachschusspflicht bei der Verschmelzung	610
3. Verfahren und Höhe der Nachschusspflicht	610
VI. Die Verschmelzung durch Neugründung einer eG	611
1. Praktische Bedeutung der Verschmelzung durch Neugründung	611
2. Rechtliche Besonderheiten gegenüber der Verschmelzung durch Aufnahme	611
3. Pflichten der Vertretungsorgane der beteiligten Rechtsträger	612
4. Verschmelzungsbeschlüsse	614
VII. Die Verschmelzung genossenschaftlicher Prüfungsverbände	614
1. Rechtsformbesonderheit der genossenschaftlichen Prüfungsverbände	614
2. Möglichkeiten der Verschmelzung	615
3. Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung	615
4. Anmelde und Benachrichtigungspflichten der Vorstände	616
5. Austritt der Mitglieder	617
D. Eingetragener Verein (e. V.)	618
I. Einführung	618
1. Umwandlungsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	618
2. Alternative vereinsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	620
3. Bedeutung der Satzungen der beteiligten Vereine	620
II. Verschmelzungsvertrag	622
1. Obligatorischer Inhalt	622
2. Fakultativer Inhalt	629
III. Verschmelzungsbericht	629
IV. Verschmelzungsprüfung	630
V. Beschlussfassung der Mitgliederversammlungen	632
1. Einberufung der Mitgliederversammlungen	633
2. Auslegungspflichten	635
3. Exkurs: § 63 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 UmwG und § 17 Abs. 2 UmwG	636
4. Durchführung der Mitgliederversammlung	638
5. Beschlussfassung und deren notarielle Beurkundung	639
VI. Anmeldung und Eintragung der Verschmelzung	642
1. Anmeldung	642
2. Verbandsrechtliche Fragestellungen	643

Inhaltsverzeichnis

E. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	643
I. Grundlagen	643
1. Rechtsnatur des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit	644
2. Verschmelzungsfähige Rechtsträger	645
3. Verschmelzungsmöglichkeiten	646
4. Alternativen zur Verschmelzung	648
II. Besonderheiten bei den Rechtsfolgen	651
III. Umsetzungsbesonderheiten	652
1. Verschmelzungsvertrag	652
2. Bekanntmachungen	654
3. Beschlussfassung	655
4. Gerichtliche Überprüfung	658
IV. Sondervorschriften für die Neugründung	658
V. Verschmelzung kleinerer Vereine	660
F. Personengesellschaften (einschließlich PartG)	661
I. Grundsätzliches	662
II. Verschmelzungsfähigkeit von Personengesellschaften	662
1. Erfasste Personengesellschaften	662
2. Beteiligung von aufgelösten Rechtsträgern	664
3. Beteiligung von fehlerhaften Gesellschaften	667
III. Besonderheiten im Hinblick auf das Verschmelzungsverfahren	668
1. Verschmelzungsvertrag	668
2. Verschmelzungsbericht	671
3. Beteiligung der Gesellschafter	672
4. Prüfung der Verschmelzung	677
5. Haftung von Gesellschaftern	678
G. Natürliche Personen	679
I. Grundsätzliches	679
II. Verschmelzung von Kapitalgesellschaften mit dem Vermögen eines Alleingesellschafters (§§ 120–122 UmwG)	680
1. Rechtstechnische Alternativen zur Verschmelzung nach den §§ 120 ff. UmwG	680
2. Voraussetzungen	681
3. Verfahren	684
4. Wirkungen	685
5. Sachverhalte mit Auslandsbezug	686
§ 16 Konzernverschmelzungen	688
I. Formen der Verschmelzung im Konzern	690
1. Konzerninterne Verschmelzung nach allgemeinem Verschmelzungsrecht ..	690
2. Konzerninterne grenzüberschreitende Verschmelzungen	691
3. Entfall des Beschlusserfordernisses bei der innerstaatlichen Konzernverschmelzung nach § 62 Abs. 1 bis 4 UmwG	694
4. Konzernverschmelzung bei Gründung einer SE mit Sitz in Deutschland ..	695
II. Anwendungsbereich des Entfalls des Beschlusserfordernisses nach § 62 Abs. 1 bis 4 UmwG; Entfall bei der grenzüberschreitenden Konzernverschmelzung ..	695
1. Verschmelzung und Spaltung zur Aufnahme	695
2. AG, KGaA und SE als übernehmender Rechtsträger	696
3. Deutsche Kapitalgesellschaft als übertragender Rechtsträger	697
4. Feststellung der 90%- bzw. 100%-Beteiligung	698
5. Zeitlicher Anknüpfungspunkt für die Anwendungsvoraussetzungen	703
III. Verfahren bei Entbehrlichkeit eines Verschmelzungsbeschlusses bei der übernehmenden deutschen Aktiengesellschaft (mindestens 90 %-Beteiligung am übertragenden Rechtsträger)	704
1. Verschmelzungsbeschluss der übertragenden Gesellschaft als Anknüpfungspunkt für Informationspflichten	704
2. Hinweisbekanntmachung durch die übernehmende Aktiengesellschaft (§ 62 Abs. 3 S. 2 Hs 1 UmwG)	705
3. Weitere Information der Aktionäre der übernehmenden Gesellschaft	707

Inhaltsverzeichnis

4. Information des Betriebsrats	709
5. Einberufungsverlangen (§ 62 Abs. 2 UmwG)	709
6. Besonderheiten der Handelsregisteranmeldung	712
7. Besonderheiten im Fall einer ausländischen Gesellschaft als übertragendem Rechtsträger	714
IV. Verfahren bei Entbehrlichkeit des Verschmelzungsbeschlusses beim übertragenden deutschen Rechtsträger (100 %-Beteiligung)	715
1. Eckpfeiler und Fristen des Verfahrens	715
2. Weitere Verfahrensvereinfachungen	717
3. Besonderheiten bei einer ausländischen Gesellschaft als übernehmendem Rechtsträger	717
V. Planung einer Konzernverschmelzung	717
1. Zeitpunkt	717
2. Weitere Besonderheiten bei Notwendigkeit einer HV-Einbindung	718
3. Stern- und Kettenverschmelzung	719
4. Besonderheiten bei der grenzüberschreitenden konzerninternen Verschmelzung	720
VI. Fehlerfolgen und Wirkung der Eintragung im Handelsregister	721
§ 17 Verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	723
I. Funktion und Wirkungsweise des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	724
II. Anwendungsbereich des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	725
1. AG, KGaA und SE als Hauptaktionär und übernehmende Gesellschaft	725
2. AG, KGaA oder SE als übertragende Gesellschaft	726
3. Feststellung der 90 %-Beteiligung	726
4. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	726
5. Gestaltungsgrenzen?	728
III. Ablauf des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out	731
1. Verfahrensschritte im Überblick	731
2. Squeeze-out-Verlangen (§ 62 Abs. 5 S. 8 UmwG, § 327a Abs. 1 AktG)	732
3. Bewertungsgutachter und gerichtlich bestellter Sachverständiger (§ 62 Abs. 5 S. 8 UmwG, § 327c Abs. 2 AktG)	732
4. Squeeze-out- und Verschmelzungsdokumentation	733
5. Information der Aktionäre	736
6. Information des Betriebsrats und der Arbeitnehmer	738
7. Durchführung der Hauptversammlung bei der übertragenden Gesellschaft	738
8. Anmeldung des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out zum Handelsregister	739
IV. Fehlerfolgen und Eintragung im Handelsregister	739
1. Verfahrensfehler und Rechtsschutz	739
2. Wirksamwerden des verschmelzungsrechtlichen Squeeze-out infolge Eintragung in das Handelsregister	740
3. Rechtsfolgen der Eintragung für Aktionäre der übertragenden AG	741
4. Rechtsfolgen der Eintragung für schuldrechtliche Rechtspositionen an der übertragenden AG	741
V. Besonderheiten bei Auslandsbezug	742
1. Outbound verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	742
2. Inbound verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	743
§ 18 Grenzüberschreitende Verschmelzung	744
A. Überblick	749
I. Europarechtliche Vorgaben	751
1. Gesellschaftsrechtsrichtlinie als Grundlage	751
2. Vorgaben aus Art. 49, 54 AEUV	752
II. Verschmelzungsformen	753
III. Verschmelzungsrechtlicher Squeeze-out	754
B. Grenzüberschreitende Verschmelzung, § 305 UmwG	756
I. Überblick	756
II. Definition der Verschmelzung, § 305 Abs. 1 UmwG	756

Inhaltsverzeichnis

III. Grenzüberschreitender Sachverhalt	756
IV. Anwendbare Vorschriften, § 305 Abs. 2 UmwG	758
C. Verschmelzungsfähige Gesellschaften, § 306 UmwG	760
I. Überblick	760
II. Verschmelzungsfähige Kapitalgesellschaften	760
III. Gründung und Sitz in einem EU-/EWR Vertragsstaat, §§ 306 Abs. 1 Nr. 1 lit. a) und b) UmwG	765
IV. Beteiligung einer Personenhandelsgesellschaft, § 306 Abs. 1 Nr. 2 UmwG	766
V. Ausnahmen, § 306 Abs. 2 UmwG	768
VI. Inländische Anforderungen an ausländische Rechtsträger	768
D. Verschmelzungsplan	769
I. Aufstellung, § 307 UmwG	769
1. Überblick	769
2. Aufstellung, Aufstellungskompetenz, § 307 Abs. 1 UmwG	771
3. Gesetzlicher Mindestinhalt, § 307 Abs. 2 UmwG	772
4. Ausnahmen für Konzernverschmelzungen, § 307 Abs. 3 UmwG	787
5. Notarielle Beurkundung, § 307 Abs. 4 UmwG	789
II. Bekanntmachung des Verschmelzungsplans, § 308 UmwG	790
1. Überblick	790
2. Einreichung zum Handelsregister, § 308 Abs. 1 S. 1 UmwG	791
3. Bekanntmachungsinhalt nach § 308 Abs. 1 S. 2 UmwG	792
4. Mitteilung des Bekanntmachungsinhalts, § 308 Abs. 1 S. 3 UmwG	794
5. Bekanntmachung und Zustimmungsbeschluss, § 308 Abs. 1 S. 4 UmwG	795
6. Entbehrlichkeit des Verschmelzungsbeschlusses, § 308 Abs. 2 bis 4 UmwG	795
7. Verzicht	795
8. Verstoß gegen Bekanntmachungspflicht	796
9. Keine Zuleitung an den Betriebsrat	796
E. Verschmelzungsbericht	797
I. Aufstellung, § 309 UmwG	797
1. Überblick	797
2. Aufstellung des Verschmelzungsberichts, § 309 Abs. 1 UmwG	797
3. Einheitlicher und gesonderter Verschmelzungsbericht, § 309 Abs. 2 und 3 UmwG	798
4. Inhalt des Verschmelzungsberichts	799
5. Entbehrlichkeit des Verschmelzungsberichts, § 309 Abs. 6 UmwG	801
6. Verstoß gegen die Berichtspflicht	804
II. Zugänglichmachung des Verschmelzungsberichts, § 310 UmwG	804
1. Modalitäten der Zugänglichmachung, § 310 Abs. 1 und 2 UmwG	804
2. Stellungnahme des Betriebsrats bzw. der Arbeitnehmer, § 310 Abs. 3 UmwG	806
III. Verstöße gegen § 310 UmwG	807
IV. Zeitliche Abfolge von Bekanntmachung des Verschmelzungsplans und der Zugänglichmachung des Verschmelzungsberichts	807
F. Verschmelzungsprüfung, § 311 UmwG	808
I. Überblick	808
II. Bestellung des Verschmelzungsprüfers, § 311 Abs. 1 S. 1, 10 Abs. 1 S. 1 UmwG	808
III. Inhalt des Verschmelzungsprüfungsberichts	810
IV. Form des Verschmelzungsprüfungsberichts	811
V. Zugänglichmachung des Verschmelzungsprüfungsberichts, § 311 Abs. 1 S. 2 UmwG	812
VI. Verzicht und Entbehrlichkeit der Verschmelzungsprüfung, § 311 Abs. 2 UmwG	813
VII. Verstöße gegen die Verschmelzungsprüfungsvorschriften	815
G. Zustimmung der Anteilseigner, § 312 UmwG	816
I. Überblick	816
II. Beschlussfassung	817
1. Beschlussfassung bei der AG, KGaA und SE	817

Inhaltsverzeichnis

2. Beschlussfassung bei GmbH und UG	821
3. Beschlussfassung bei der Personenhandelsgesellschaft	825
III. Vorbehalt in Bezug auf die Mitbestimmungsform, § 312 Abs. 1 UmwG	827
IV. Entbehrlichkeit des Verschmelzungsbeschlusses, § 312 Abs. 2 UmwG	829
1. Entbehrlichkeit des Zustimmungsbeschlusses der Anteilseinhaber des übertragenden Rechtsträgers, § 307 Abs. 3 UmwG	829
2. Entbehrlichkeit des Verschmelzungsbeschlusses der Anteilseinhaber des übernehmenden Rechtsträgers, §§ 305 Abs. 2, 62 Abs. 1 UmwG	830
3. Entbehrlichkeit aller Verschmelzungsbeschlüsse	831
4. Zeitpunkt für das Vorliegen der erforderlichen Beteiligungsverhältnisse	831
V. Rechtsfolgen von Verstößen	831
1. Beschlussanfechtung	831
2. Registerkontrolle	833
H. Barabfindung, § 313 UmwG	833
I. Überblick	833
II. Anspruchsgegner, § 313 Abs. 1 S. 1 UmwG	834
III. Voraussetzung des Barabfindungsangebots, § 313 Abs. 1 S. 1 und 2 UmwG	834
1. Grenzüberschreitende Herausverschmelzung	834
2. Widerspruch zur Niederschrift	835
3. Aufschiebende Bedingung, § 313 Abs. 1 S. 2 UmwG	836
4. Entfallen des Barabfindungsangebots	836
IV. Anspruchsumfang, § 313 Abs. 1 UmwG	837
V. Angaben zum Barabfindungsangebot, § 313 Abs. 1 UmwG	837
1. Angaben im Verschmelzungsplan, § 313 Abs. 1 S. 1 und S. 3 UmwG	837
2. Bekanntmachung	838
VI. Annahme des Barabfindungsangebots	838
1. Mitteilung der Annahmeabsicht, § 313 Abs. 2 UmwG	838
2. Annahme des Barabfindungsangebots, § 313 Abs. 3 UmwG	839
VII. Ausscheiden des Gesellschafters, § 313 Abs. 4 UmwG	840
VIII. Verweis auf die Vorschriften über den Erwerb eigener Anteile, § 313 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 UmwG	841
IX. Fälligkeit des Barabfindungsanspruchs, § 313 Abs. 5 S. 1 UmwG	841
X. Anspruch auf Sicherheitsleistung, § 313 Abs. 5 S. 2 UmwG	842
XI. Angemessenheitsprüfung durch Sachverständigen, § 313 Abs. 6 UmwG	842
I. Gläubigerschutz in der übertragenden Gesellschaft, § 314 UmwG	843
I. Überblick	843
II. Europarechtliche Grundlagen	844
III. Der Anspruch auf Sicherheitsleistung, § 314 Abs. 1 UmwG	845
1. Herausverschmelzung	845
2. Sicherungsfähige Forderungen, § 314 Abs. 1 UmwG	846
3. Entstehen und Fälligkeit, § 314 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UmwG	846
4. Gefährdung der Erfüllung, § 314 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UmwG	847
IV. Glaubhaftmachung, § 314 Abs. 2 UmwG	847
V. Klagefrist und zuständiges Gericht, § 314 Abs. 3, Abs. 5 UmwG	848
VI. Ausnahmen vom Anspruch auf Sicherheitsleistung	848
VII. Freigabe der geleisteten Sicherheiten, § 314 Abs. 4 UmwG	849
VIII. Die Sicherheitsleistung im Eintragungsverfahren nach § 316 UmwG	850
IX. Verstoß gegen § 314 UmwG	851
J. Beteiligung der Arbeitnehmer	852
I. Überblick	852
II. Einzelheiten	852
K. Anmeldung, Eintragung und Wirksamkeit der Verschmelzung	856
I. Überblick	856
II. Herausverschmelzung	857
1. Anmeldung, § 315 Abs. 1 UmwG	857
2. Negativerklärung, §§ 315 Abs. 2, 16 Abs. 2, 3 UmwG	857
3. Beizufügende Unterlagen, §§ 315 Abs. 2, 17 UmwG	858
4. Versicherungen, § 315 Abs. 3 UmwG	861

Inhaltsverzeichnis

5. Sonstige Mitteilungen, § 315 Abs. 4 UmwG	862
6. Prüfung des Registergerichts, § 316 Abs. 1, 3 UmwG	863
7. Eintragung und Verschmelzungsbescheinigung, § 316 Abs. 1 S. 2–4 UmwG	864
8. Wirksamkeitsvermerk und Mitteilung, § 316 Abs. 5 UmwG	865
III. Hereinverschmelzung	865
1. Anmeldung, § 318 Abs. 1 S. 1 UmwG	865
2. Negativerklärung, §§ 318 Abs. 1 S. 3, 315 Abs. 2, 16 Abs. 2, 3 UmwG ...	866
3. Beizufügende Unterlagen, §§ 318 Abs. 1 S. 2–4, 315 Abs. 2, 17 UmwG ...	867
4. Versicherungen, §§ 318 Abs. 1 S. 3, 315 Abs. 3 S. 1 UmwG	869
5. Sonstige Mitteilungen, §§ 318 Abs. 1 S. 3, 315 Abs. 4 UmwG	869
6. Prüfung des Registergerichts, §§ 318 Abs. 1, 3, 316 Abs. 1 S. 1, 3 UmwG	869
7. Eintragung und Wirksamwerden der grenzüberschreitenden Verschmelzung, § 318 Abs. 1 S. 1 UmwG	873
8. Bekanntmachung und Mitteilung, § 318 Abs. 4 UmwG	874
L. Verbesserung von Umtauschverhältnis und Barabfindung	874
I. Verbesserung des Umtauschverhältnisses, §§ 305 Abs. 2, 14 Abs. 2, 15 UmwG	874
1. Überblick	874
2. Der Anspruch auf bare Zuzahlung oder Gewährung zusätzlicher Anteile, §§ 305 Abs. 2, 15 Abs. 1, 72a f. UmwG	875
3. Durchsetzung des Anspruchs auf bare Zuzahlung	876
II. Verbesserung des Barabfindungsangebots, §§ 313 Abs. 1 S. 4, 34 UmwG ...	879
1. Überblick	879
2. Der Anspruch auf angemessene Barabfindung, §§ 313 Abs. 1 S. 4, 34 UmwG	879
3. Durchsetzung des Anspruchs auf angemessene Barabfindung	879
§ 19 SE-Gründung durch Verschmelzung	881
I. Allgemeines	881
1. Arten der Verschmelzung	883
2. Beteiligte Rechtsträger	883
3. Mehrstaatlichkeit	883
II. Verschmelzungsverfahren	884
1. Vorbereitungsphase	884
2. Gründungsphase	896
III. Schutz der Minderheitsaktionäre	901
1. Verfahrens-, Informations- und Anfechtungsrechte	901
2. Verbesserung des Umtauschverhältnisses	901
3. Barabfindungsangebot	902
IV. Gläubigerschutz	903
1. SE mit Sitz im Inland	903
2. SE mit Sitz in anderem Mitgliedstaat	904

3. Kapitel. Spaltung

§ 20 Spaltungsarten	905
A. Allgemeines	906
I. Gegenstand und Wesen der Spaltung	906
1. Rechtsgeschäft	906
2. Übertragung von Vermögensteilen	906
3. Partielle Universalsukzession	906
4. Gewährung von Anteilen oder Mitgliedschaften	907
II. Wirtschaftliche Motive für eine Spaltung	907
III. Unionsrechtlicher Rahmen	907
IV. Historische Entwicklung der Spaltung im deutschen Recht	908
B. Spaltungsarten	908
I. Aufspaltung	908
II. Abspaltung	909

Inhaltsverzeichnis

III. Ausgliederung	909
1. Ausgliederung gem. § 123 Abs. 3 UmwG	909
2. Ausgliederung außerhalb des UmwG	911
IV. Die Unterschiede zwischen Aufspaltung, Abspaltung und Ausgliederung im Überblick	911
V. Kombination von Spaltungsvorgängen	912
1. Kombination von Spaltung zur Aufnahme und zur Neugründung	912
2. Kombination verschiedener Spaltungsformen von einem Rechtsträger	912
3. Mehrere übertragende Rechtsträger?	912
C. Verhältniswahrende und nicht verhältniswahrende Spaltung	913
D. Spaltung im Konzern	914
§ 21 Spaltungsfähige Rechtsträger	914
A. Allgemeines	914
B. Spaltungsfähige Rechtsträger	915
I. Tabellarische Übersichten	915
1. Spaltungsfähige Rechtsträger	915
2. Mögliche Spaltungskombinationen	915
II. Grundsätzlich uneingeschränkt spaltungsfähige Rechtsträger bei allen Spaltungsarten	918
III. Eingeschränkt spaltungsfähige Rechtsträger	919
1. Einschränkungen bzgl. der zulässigen Spaltungskombinationen	919
2. Beschränkung auf Beteiligung als übertragender Rechtsträger	919
C. Spaltung unter Beteiligung aufgelöster und insolventer Rechtsträger	920
D. Mischspaltung	920
§ 22 Spaltungsvertrag; Spaltungsplan	921
A. Allgemeines	922
B. Der Spaltungsvertrag bei der Spaltung zur Aufnahme	922
I. Rechtsnatur	922
II. Abschluss des Spaltungsvertrags	922
1. Abschlusskompetenz	922
2. Einheitliches Vertragswerk	923
3. Zeitpunkt des Vertragsschlusses	923
III. Inhalt	924
1. Obligatorischer Mindestinhalt	924
2. Fakultativer Inhalt	941
IV. Auslegung	944
V. Form	944
VI. Zuleitung an den Betriebsrat	944
VII. Bindung, Durchsetzung, Mängel	944
1. Bindungswirkung	944
2. Durchsetzung	945
3. Mängel	945
C. Der Spaltungsplan bei der Spaltung zur Neugründung	945
I. Rechtsnatur	945
II. Aufstellung des Spaltungsplans	946
1. Aufstellungskompetenz	946
2. Einheitliches Dokument	947
3. Zeitpunkt der Aufstellung	947
III. Inhalt	947
IV. Form	948
V. Zuleitung an den Betriebsrat	948
§ 23 Spaltungsbericht	949
I. Zweck des Spaltungsberichts	949
II. Inhaltliche Anforderungen	951
1. Grundsätze	951
2. Erläuterung und Begründung der Spaltung	952

Inhaltsverzeichnis

3. Erläuterung und Begründung des Spaltungsvertrags bzw. Vertragsentwurfs	954
4. Erläuterung und Begründung des Umtauschverhältnisses der Anteile	955
5. Erläuterung und Begründung der Angaben über Mitgliedschaften bei den übernehmenden Rechtsträgern	957
6. Hinweis auf die Folgen für die Beteiligung der Anteilsinhaber	958
7. Hinweis auf besondere Schwierigkeiten bei der Bewertung	958
8. Angaben über für die Spaltung wesentliche Angelegenheiten verbundener Unternehmen	959
III. Berichtspflichtige und Form	959
IV. Grenzen der Berichtspflicht	960
V. Entbehrlichkeit des Spaltungsberichts	962
1. Verzicht	962
2. Alleiniger Besitz am übertragenden Rechtsträger	963
3. Alleiniger Besitz der gemeinsamen Muttergesellschaft	964
4. Alleiniger Besitz eines einzigen Anteilsinhabers	964
VI. Mängel des Spaltungsberichts	964
§ 24 Spaltungsprüfung	965
I. Zweck der Spaltungsprüfung	966
II. Anwendbare Bestimmungen	966
1. Verweis auf die Bestimmungen zur Verschmelzung	966
2. Rechtsformspezifische Bestimmungen	967
III. Prüfung der Spaltung	968
1. Prüfungsgegenstand und -umfang	968
2. Verzicht gem. § 125 Abs. 1 S. 1 iVm § 9 Abs. 2, § 8 Abs. 3 S. 1 UmwG	969
3. Entbehrlichkeit der Spaltungsprüfung	969
IV. Spaltungsprüfer	970
1. Bestellung der Spaltungsprüfer	970
2. Stellung und Verantwortlichkeit	972
V. Form, Inhalt und Aufbau des Prüfungsberichts	976
§ 25 Spaltungsbeschluss	976
I. Anwendungsbereich und Ausnahmen	977
II. Beschlussverfahren	977
1. Versammlungszwang und Mehrheitserfordernisse	977
2. Gegenanträge	979
3. Stimmrechtsausschluss	979
III. Besondere Zustimmungserfordernisse	979
IV. Notarielle Beurkundung	981
1. Formanforderung	981
2. Auslandsbeurkundung	981
3. Erteilung von Abschriften	982
V. Bindungswirkung	983
VI. Sonderregelung für die nicht-verhältnismäßige Spaltung	984
VII. Materielle Inhaltskontrolle	985
VIII. Kosten	985
§ 26 Registerverfahren	986
I. Überblick	986
II. Anmeldungen	986
1. Erforderliche Anmeldungen	986
2. Zuständiges Gericht	987
3. Anmeldeberechtigte	987
4. Inhalt der Anmeldung	988
III. Anlagen	990
1. Allgemeines	990
2. Schlussbilanz	991
3. Zuleitung an Betriebsrat	992

Inhaltsverzeichnis

4. Gesellschafterlisten	992
5. Sonstige Unterlagen	993
IV. Behebung von Mängeln	993
V. Registerverfahren	993
1. Prüfungsumfang	993
2. Eintragungsverfahren	993
3. Wirkung der Eintragung	994
4. Bekanntmachung	995
§ 27 Rechtsfolgen der Spaltung	995
I. Allgemeines	996
II. Vermögensübergang	997
1. Partielle Gesamtrechtsnachfolge	997
2. „Vergessene Vermögensgegenstände“	1017
III. Korporationsrechtliche Folgen	1018
1. Erlöschen des übertragenden Rechtsträgers bei der Aufspaltung	1018
2. Anteilsgewährung	1018
IV. Schutz der Gläubiger und der Inhaber von Sonderrechten	1021
1. Allgemeines	1021
2. Gesamtschuldnerische Haftung der beteiligten Rechtsträger	1022
3. Sicherheitsleistung	1036
4. Inhaber von Sonderrechten	1042
V. Schutz der Minderheitsgesellschafter	1047
1. Allgemeines	1047
2. Voraussetzungen des Anspruchs auf Barabfindung	1048
3. Kostenübernahme	1057
4. Erweiterungen des zulässigen Erwerbs eigener Anteile	1058
5. Analoge Anwendung des § 29 UmwG?	1059
§ 28 Beschlussmängel	1060
I. Vorbemerkung	1061
II. Rechtsschutzsystem	1061
III. Beschlussmängelverfahren	1062
1. Übersicht	1062
2. Beschlussmängel	1063
3. Zulässigkeit und Begründetheit	1068
4. Wirkung der Eintragung auf Beschlussmängelverfahren	1069
IV. Freigabeverfahren	1070
1. Funktion und Anwendungsbereich	1070
2. Begründetheit	1070
3. Schadensersatzpflicht	1071
4. Analoge Anwendung für Kapitalmaßnahmen	1072
V. Spruchverfahren	1072
1. Funktion	1072
2. Verfahren	1072
3. Zulässigkeit	1073
4. Begründetheit	1073
5. Gerichtliche Bestimmung der Kompensation	1074
6. Bewertungsfragen	1074
§ 29 Rechtsformspezifische Besonderheiten der Spaltung	1075
A. Aktiengesellschaft, KGaA und SE	1078
I. Überblick	1078
II. Spaltung unter Beteiligung von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1080
1. Ausschluss der Spaltung, § 141 UmwG	1080
2. Spaltung mit Kapitalerhöhung; Spaltungsbericht, § 142 UmwG	1086
3. Verpflichtungen nach § 72a UmwG, § 142a UmwG	1089
4. Verhältniswahrende Spaltung zur Neugründung, § 143 UmwG	1091

Inhaltsverzeichnis

5. Gründungsbericht und Gründungsprüfung, § 144 UmwG	1094
6. Herabsetzung des Grundkapitals, § 145 UmwG	1100
7. Anmeldung der Abspaltung oder der Ausgliederung, § 146 UmwG	1107
8. Verfahren der Spaltung unter Beteiligung einer AG oder KGaA	1112
III. Spaltung unter Beteiligung einer SE	1115
B. GmbH	1116
I. Überblick	1117
II. Spaltung unter Beteiligung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	1117
1. Anwendung des Sachgründungsrechts und Sachgründungsbericht	1117
2. Herabsetzung des Stammkapitals, § 139 UmwG	1123
3. Anmeldung der Abspaltung oder der Ausgliederung, § 140 UmwG	1130
4. Verfahren der Spaltung unter Beteiligung einer GmbH	1133
C. Eingetragene Genossenschaften (eG) und genossenschaftliche Prüfungsverbände ..	1138
I. Die Spaltung unter Beteiligung eingetragener Genossenschaften	1138
1. Einführung und Gesetzssystematik	1138
2. Praktische Relevanz	1139
3. Ausgliederung des operativen Geschäfts gegen Beteiligungen	1140
4. Satzung der Genossenschaft	1141
5. Spaltungsvertrag, Spaltungsplan	1144
6. Spaltungsbericht	1145
7. Prüfungsgutachten des Prüfungsverbandes	1146
8. General- bzw. Vertreterversammlung, Spaltungsbeschluss	1146
9. Ausschlagungsrecht	1147
10. Anmeldung zum Registergericht	1147
11. Nachschusspflicht	1151
II. Die Spaltung unter Beteiligung eines Prüfungsverbandes	1151
1. Rechtsformbesonderheit der genossenschaftlichen Prüfungsverbände	1151
2. Spaltungsmöglichkeiten der genossenschaftlichen Prüfungsverbände	1152
3. Durchführung und Rechtsfolgen der Spaltung	1152
D. Eingetragener Verein (e. V.)	1153
I. Einführung	1153
1. Inhalt und Systematik des UmwG	1153
2. Spaltungsfähigkeit von Vereinen	1154
3. Bedeutung der Vereinsatzung und entgegenstehende landesrechtliche Vorschriften	1154
II. Besonderheiten bei der Spaltung unter Beteiligung von Vereinen	1155
1. Spaltungsvertrag bzw. Spaltungsplan	1155
2. Spaltungsbericht und Spaltungsprüfung	1156
3. Beschlussfassungen der Mitgliederversammlungen über die Spaltung	1157
4. Anmeldung und Eintragung der Spaltung	1157
E. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	1157
I. Begrenzung der Spaltungsmöglichkeiten	1157
II. Besonderheiten bei der Anwendung der allg. Vorschriften	1159
1. Gewährung von Anteilen oder Mitgliedschaften und Zustimmungserfordernisse	1159
2. Weitere Abweichungen	1161
F. Personengesellschaften (einschließlich PartG)	1162
I. Einführung	1162
II. Spaltung unter Beteiligung von Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder Personenhandelsgesellschaften	1163
1. Anwendbare Vorschriften und Spaltungsfähigkeit	1163
2. Spaltung zur Aufnahme	1163
3. Spaltung zur Neugründung	1166
III. Spaltung unter Beteiligung von PartG	1167
1. Anwendbare Vorschriften, Spaltungsfähigkeit und Möglichkeit der Spaltung	1167
2. Spaltung zur Aufnahme	1168
3. Spaltung zur Neugründung	1168

Inhaltsverzeichnis

G. Natürliche Personen	1169
I. Grundsätzliches	1169
II. Ausgliederung aus dem Vermögen eines Einzelkaufmannes (§§ 152–160 UmwG)	1170
1. Rechtstechnische Alternativen zur Ausgliederung nach den §§ 152 ff. UmwG	1170
2. Voraussetzungen	1170
3. Verfahren	1173
4. Wirkungen	1174
5. Sachverhalte mit Auslandsbezug	1174
H. Stiftung	1176
I. Grundlagen	1176
II. Ausgliederungsfähiger Rechtsträger	1177
1. Rechtsfähige bürgerlichrechtliche Stiftung	1177
2. Eintragung im Register	1178
III. Gegenstand der Ausgliederung	1178
1. Unternehmen	1179
2. Unternehmensteil	1179
IV. Stiftungsrechtliche Ausgliederungsschranken	1179
1. Finanzierungsbetrieb	1180
2. Zweckverwirklichungsbetrieb	1180
V. Verfahren der Ausgliederung	1181
1. Ausgliederung zur Aufnahme	1181
2. Ausgliederung zur Neugründung	1185
VI. Rechtsfolgen der Ausgliederung	1186
1. Partielle Universalsukzession	1186
2. Firma und Firmenfortführung	1186
3. Heilung von Umwandlungsmängeln	1187
4. Haftung der Stiftung	1187
VII. Strukturmaßnahmen außerhalb des UmwG	1188
1. Einzelübertragung	1188
2. Zusammenlegung und Zulegung	1188
I. Spaltungen unter Beteiligung der öffentlichen Hand	1189
I. §§ 168 ff. UmwG: Ausgliederungen aus dem Vermögen von Gebietskörperschaften	1190
1. Beteiligungsfähige Rechtsträger	1190
2. Ausgliederungsgegenstand	1192
3. Kein entgegenstehendes Bundes- oder Landesrecht	1193
4. Besonderheiten im Ausgliederungsverfahren	1194
5. Gläubigerschutz	1195
II. Spaltungsvorgänge der öffentlichen Hand außerhalb des UmwG	1196
§ 30 Grenzüberschreitende Spaltung	1197
I. Grundlagen	1200
1. Begriff der grenzüberschreitenden Spaltung	1200
2. Interessen	1201
3. Rechtsrahmen in Europa	1201
II. Durchführung einer grenzüberschreitenden Spaltung im EU/EWR-Raum	1205
1. Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie	1205
2. Anwendungsbereich	1206
3. Spaltungsverfahren	1209
4. Schutz der Anteilshaber	1218
5. Schutz der Gläubiger	1220
6. Schutz der Arbeitnehmer	1222
7. Schutz der Arbeitnehmermitbestimmung	1222
8. Registerkontrolle	1224
§ 31 SE-Gründung durch Spaltung	1227
I. Grundsatz des Verbots der SE-Gründung durch Spaltung	1228

Inhaltsverzeichnis

II. Ausnahmen zur SE-Gründung durch Spaltung	1228
1. Grundsatz: Spaltungsfähigkeit der deutschen SE	1228
2. SE-Gründung durch Ausgliederung	1229
3. Sekundäre Gründung einer SE-Tochter durch Auf- oder Abspaltung	1229
4. Kapitel. Formwechsel	
§ 32 Einbezogene Rechtsträger	1231
I. Grundlagen und Anwendungsbereich des Formwechsels	1231
1. Prinzip der Identität nach § 190 Abs. 1 UmwG	1232
2. Änderung der Rechtsform außerhalb des Umwandlungsgesetzes	1233
3. Grenzüberschreitender Formwechsel	1234
II. Ablauf eines Formwechsels	1236
1. Vorbereitungsphase	1236
2. Beschlussphase	1238
3. Vollzugsphase	1238
III. Struktur des § 191 UmwG	1239
IV. Formwechselnde Rechtsträger	1239
1. Personenhandelsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften	1240
2. Kapitalgesellschaften	1240
3. Eingetragene Genossenschaften	1240
4. Rechtsfähige Vereine	1241
5. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	1241
6. Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	1242
7. Die Societas Europaea als formwechselnder Rechtsträger	1242
V. Rechtsträger neuer Rechtsform	1243
1. Zielrechtsträger nach § 191 Abs. 2 UmwG	1243
2. Die Societas Europaea als Zielrechtsform	1244
3. Sonderfall: Einmann-Kapitalgesellschaft	1245
VI. Formwechsel bei aufgelöstem Rechtsträger	1246
§ 33 Formwechselbericht	1247
I. Zweck des Formwechselberichts	1248
II. Inhaltliche Anforderungen	1249
1. Grundsätze	1249
2. Erläuterung und Begründung des Formwechsels	1250
3. Entwurf des Formwechselbeschlusses	1251
4. Erläuterung und Begründung der künftigen Beteiligung der Anteilshaber	1252
5. Erläuterung und Begründung des Barabfindungsangebots	1253
6. Hinweis auf die Folgen für die Beteiligung der Anteilshaber	1254
7. Hinweis auf besondere Schwierigkeiten bei der Bewertung	1254
8. Angaben über für den Formwechsel wesentliche Angelegenheiten verbundener Unternehmen	1255
III. Berichtspflichtige und Form	1255
IV. Unterrichtung der Anteilshaber	1256
V. Grenzen der Berichtspflicht	1257
VI. Entbehrlichkeit des Formwechselberichts	1258
1. Verzicht und alleiniger Anteilshaber	1258
2. Rechtsformspezifische Ausnahmeregelungen	1259
VII. Mängel des Formwechselberichts	1260
§ 34 Formwechselbeschluss	1262
I. Erfordernis eines Formwechselbeschlusses	1262
II. Versammlung der Anteilshaber	1263
1. Stimmberechtigung	1264
2. Abstimmung und Beschlussmehrheiten	1264
III. Inhalt des Formwechselbeschlusses	1266
1. Zielrechtsform	1267
2. Name, Firma	1267

Inhaltsverzeichnis

3. Beteiligung der bisherigen Anteilshaber am Rechtsträger neuer Rechtsform	1268
4. Einzelheiten zu den Anteilen bzw. Mitgliedschaften	1269
5. Sonder- und Vorzugsrechte	1271
6. Angebot auf Barabfindung	1272
7. Folgen des Formwechsels für die Arbeitnehmer	1276
8. Bestellung der Organe des Rechtsträgers neuer Rechtsform	1277
9. (Kein) Formwechselstichtag	1277
IV. Gründungsrecht und Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag des Rechtsträgers neuer Rechtsform	1278
1. Formwechsel als Sachgründung	1278
2. Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag des Rechtsträgers neuer Rechtsform	1279
V. Besondere Zustimmungserklärungen	1280
VI. Form des Formwechselbeschlusses und der Zustimmungserklärungen	1281
VII. Information des Betriebsrats	1282
§ 35 Registerverfahren	1282
I. Besonderheiten des Registerverfahrens beim Formwechsel	1282
II. Handelsregisteranmeldung	1283
1. Zuständiges Registergericht	1283
2. Anmeldepflichtige Personen	1285
3. Inhalt der Registeranmeldung	1285
4. Negativerklärung	1286
5. Der Anmeldung beizufügende Unterlagen	1287
III. Eintragung und Bekanntmachung	1289
1. Eintragungen und ihre Reihenfolge	1289
2. Formelle und materielle Prüfung durch das Registergericht	1290
3. Bekanntmachung	1290
§ 36 Rechtsfolgen des Formwechsels	1291
I. Formwechsel als Änderung des Rechtskleids	1292
II. Erhalt und Identität des Rechtsträgers	1293
1. Allgemeines	1293
2. Verträge und sonstige Rechtsverhältnisse	1294
3. Gesellschaftsorgane	1296
III. Kontinuität der Mitgliedschaft	1298
1. Beteiligung der Anteilshaber	1298
2. Fortbestand der Rechte Dritter	1299
IV. Heilung von Mängeln und Bestandsschutz	1300
1. Mängel der Beurkundung	1300
2. Sonstige Mängel der Umwandlung	1301
V. Barabfindung und Austrittsrecht	1302
VI. Gläubigerschutz und Haftung der Gesellschaftsorgane	1305
1. Sicherheitsleistung	1306
2. Haftung der Organe	1308
3. Fortdauer der Haftung bei einem persönlich haftenden Gesellschafter	1311
VII. Schutz der Inhaber von Sonderrechten	1311
§ 37 Beschlussmängel	1313
I. Vorbemerkung	1313
II. Rechtsschutzsystem	1314
III. Beschlussmängelverfahren	1314
1. Übersicht	1314
2. Beschlussmängel	1315
3. Zulässigkeit und Begründetheit	1321
4. Wirkung der Eintragung auf Beschlussmängelverfahren	1323
IV. Freigabeverfahren	1324
1. Funktion	1324

Inhaltsverzeichnis

2. Begründetheit	1324
3. Schadensersatzpflicht	1325
V. Spruchverfahren	1325
1. Funktion	1325
2. Verfahren	1326
3. Zulässigkeit	1326
4. Begründetheit	1327
5. Gerichtliche Bestimmung der Kompensation	1329
6. Bewertungsfragen	1331
§ 38 Rechtsformspezifische Besonderheiten des Formwechsels	1331
A. Kapitalgesellschaften	1334
I. Grundlagen	1335
1. Beteiligte Rechtsträger	1335
2. Alternative Gestaltungsmöglichkeiten	1340
II. Formwechsel in Personengesellschaft	1340
1. Allgemeines	1340
2. Versammlung der Anteilshaber	1341
3. Besondere Zustimmungserfordernisse	1348
4. Registeranmeldung, § 235 UmwG	1349
5. Rechtsfolgen und rechtsformspezifische Besonderheiten	1350
III. Formwechsel in andere Kapitalgesellschaft	1357
1. Allgemeines	1357
2. Versammlung der Anteilshaber	1357
3. Besondere Zustimmungserfordernisse, §§ 240 Abs. 2 und 3, 241, 242 UmwG	1362
4. Registeranmeldung, § 246 UmwG	1365
5. Rechtsfolgen und weitere rechtsformspezifische Besonderheiten	1367
IV. Formwechsel in eine eG	1376
1. Allgemeines	1376
2. Versammlung der Anteilshaber	1376
3. Registeranmeldung, § 254 UmwG	1378
4. Rechtsfolgen und rechtsformspezifische Besonderheiten	1379
B. Eingetragene Genossenschaft (eG)	1381
I. Einführung und praktische Relevanz	1381
II. Möglichkeiten des Formwechsels	1381
III. Vorbereitung der Versammlung	1382
1. Einladung zur Versammlung, Ankündigung des Formwechsels	1382
2. Abfindungsangebot	1383
3. Im Vorfeld der Versammlung auszulegende Unterlagen	1384
IV. Durchführung der Versammlung	1386
1. In der Versammlung auszulegende Unterlagen	1386
2. Erläuterung des Formwechselbeschlusses	1386
3. Verlesung des Prüfungsgutachtens	1387
4. Teilnahmerecht des Prüfungsverbandes	1387
5. Auskunftsrecht der Mitglieder	1387
V. Formwechselbeschluss	1388
1. Abstimmung und Mehrheitsverhältnisse	1388
2. Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag der Kapitalgesellschaft	1389
3. Beteiligungsverhältnisse an der Kapitalgesellschaft	1389
4. Umwandlung von Vermögen in gebundenes Kapital	1391
5. Gründungsvorschriften der Kapitalgesellschaft	1392
VI. Beschlussmängel	1392
VII. Besonderheit der KGaA	1392
VIII. Anmeldung der Eintragung	1393
IX. Wirkung des Formwechsels	1393
1. Beteiligung	1393
2. Organe	1394

Inhaltsverzeichnis

X. Benachrichtigung der Anteilsinhaber und Mitglieder über den Formwechsel und die Folgen	1395
XI. Fortdauer der Nachschusspflicht	1396
C. Eingetragener Verein (e. V.)	1397
I. Einführung	1397
1. Allgemeines	1397
2. Formwechselfähigkeit von Vereinen	1397
3. Vereinsatzung und landesrechtliche Vorschriften	1398
II. Besonderheiten beim Formwechsel von Vereinen	1399
1. Umwandlungsbericht	1399
2. Mitgliederversammlung und Beschlussfassung	1400
3. Inhalt des Formwechselbeschlusses	1402
4. Barabfindung	1405
5. Anmeldung und Bekanntmachung des Formwechsels	1405
D. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)	1407
I. Grundlagen	1407
II. Besonderheiten bei den Rechtsfolgen	1408
III. Besonderheiten bei der Umsetzung	1409
1. Vorbereitung und Durchführung des Beschlusses	1409
2. Beteiligung der Mitglieder am Grundkapital	1412
E. Personengesellschaften	1415
I. Grundlagen	1416
1. Beteiligte Rechtsträger	1416
2. Formwechsel von Personengesellschaften außerhalb des UmwG	1421
3. Motive für den Formwechsel von Personengesellschaften	1422
II. Besonderheiten des Formwechsels einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	1423
1. Allgemeines	1423
2. Formwechselbericht	1424
3. Unterrichtung der Gesellschafter	1425
4. Formwechselbeschluss	1428
5. Gründerstellung	1434
6. Kapitalschutz	1435
7. Beitritt persönlich haftender Gesellschafter	1438
8. Anmeldung des Formwechsels	1439
9. Haftung von Gesellschaftern	1441
10. Prüfung des Abfindungsangebots	1444
11. Formwechsel von PartG	1446
F. Formwechsel unter Beteiligung der öffentlichen Hand	1446
I. §§ 301 ff. UmwG: Formwechsel von Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	1447
1. Beteiligungsfähige Rechtsträger	1447
2. Bundes- oder landesrechtliche Ermächtigungsgrundlage	1448
3. Besonderheiten im Formwechselverfahren	1449
4. Kapital- und Gläubigerschutz	1451
5. Rechtsschutz	1451
II. Formwechselvorgänge der öffentlichen Hand außerhalb des UmwG	1452
§ 39 Grenzüberschreitender Formwechsel	1452
I. Grundsätzliches	1455
1. Begriff des grenzüberschreitenden Formwechsels	1455
2. Praktische Motive für einen grenzüberschreitenden Formwechsel	1455
II. Rechtlicher Rahmen	1457
1. Europäisches Primärrecht: Niederlassungsfreiheit (Art. 49, 54 AEUV)	1457
2. Europäisches Sekundärrecht: Art. 86a ff. der Richtlinie über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts (Gesr-RL)	1458
3. Nationales Kollisions- und Umwandlungsrecht	1458
4. Rechtstechnische Alternativen zum grenzüberschreitenden Formwechsel	1459

Inhaltsverzeichnis

III. Grenzüberschreitender Formwechsel deutscher Gesellschaften in eine ausländische Rechtsform („rechtsformwechselnder Wegzug“)	1461
1. Schutz durch die Niederlassungsfreiheit	1461
2. Praktische Durchführung des rechtsformwechselnden Wegzugs: Kollisionsrechtliche Ebene	1466
3. Praktische Durchführung des rechtsformwechselnden Wegzugs: Sachrechtliche Ebene	1468
IV. Grenzüberschreitender Formwechsel ausländischer Gesellschaften in eine deutsche Rechtsform („rechtsformwechselnder Zuzug“)	1482
1. Schutz durch die Niederlassungsfreiheit	1482
2. Praktische Durchführung des rechtsformwechselnden Zuzugs: Kollisionsrechtliche Ebene	1483
3. Praktische Durchführung des rechtsformwechselnden Zuzugs: Sachrechtliche Ebene	1484
§ 40 Gründung einer SE durch Formwechsel	1488
A. Allgemeines	1489
B. Gründungsgesellschaft	1490
I. Rechtsform	1490
II. Grenzüberschreitendes Element	1490
C. Gründungsverfahren	1491
I. Umwandlungsplan	1491
1. Zuständigkeit	1491
2. Form	1492
3. Inhalt	1492
4. Verfahren nach Planaufstellung	1495
II. Umwandlungsbericht	1496
1. Zuständigkeit	1496
2. Form	1496
3. Inhalt	1497
4. Entbehrlichkeit und Verzicht	1498
5. Verfahren nach Fertigstellung des Berichts	1499
III. Werthaltigkeitsprüfung, Art. 37 Abs. 6 SE-VO	1499
1. Allgemeines	1499
2. Prüfungsgegenstand und -maßstab	1500
3. Person des sachverständigen Prüfers	1501
4. Prüfungsbescheinigung	1502
IV. Hauptversammlungsbeschluss, Art. 37 Abs. 7 SE-VO	1503
1. Vorbereitung	1503
2. Beschlussfassung	1503
3. Beschlussmängel	1504
V. Anmeldung und Eintragung	1504
D. Beteiligung der Arbeitnehmer	1505
I. Verhandlungsverfahren, Beteiligungsvereinbarung, Auffangregelung	1505
II. Zustimmungsvorbehalt für Beteiligungsvereinbarung?	1507
E. Sonderfragen	1508
I. Sitzverlegungsverbot, Art. 37 Abs. 3 SE-VO	1508
II. Kontinuität von Organämtern und Abschlussprüferbestellung?	1509
III. Schutz der Minderheitsaktionäre?	1511
IV. Gläubigerschutz nach deutschem Recht?	1512

5. Kapitel. Sonstige Umwandlungsmaßnahmen

§ 41 Vermögensübertragung	1514
A. Grundlagen	1514
I. Arten der Vermögensübertragung	1516
II. Beteiligte Rechtsträger einer Vermögensübertragung	1517
1. Vermögensübertragungen von Kapitalgesellschaften auf die öffentliche Hand	1517
2. Vermögensübertragungen unter Versicherungsunternehmen	1518

Inhaltsverzeichnis

III. Die Gegenleistung bei der Vermögensübertragung	1520
1. Art und Weise der zu gewährenden Gegenleistung	1520
2. Angemessenheit der Gegenleistung	1521
3. Entfall der Gegenleistung und Verzicht	1522
B. Vermögensvollübertragung	1523
I. Grundsätzliche Anwendung des Verschmelzungsrechts	1523
II. Verfahren der Vollübertragung	1525
1. Übertragungsvertrag	1525
2. Übertragungsbericht	1526
3. Übertragungsprüfung	1527
4. Übertragungsbeschluss	1528
5. Aufsichtsbehördliche Genehmigung	1529
6. Anmeldung, Eintragung und Bekanntmachung der Vollübertragung	1530
III. Schutz der Gläubiger sowie Anteilshaber/Vereinsmitglieder	1531
IV. Rechtsfolgen der Vollübertragung	1534
C. Vermögensteilübertragung	1536
I. Grundsätzliche Anwendung des Spaltungsrechts	1536
II. Verfahren der Teilübertragung	1538
1. Übertragungsvertrag	1538
2. Übertragungsbericht	1540
3. Übertragungsprüfung	1540
4. Übertragungsbeschluss	1541
5. Aufsichtsbehördliche Genehmigung	1542
6. Anmeldung, Eintragung und Bekanntmachung der Teilübertragung	1542
III. Schutz der Gläubiger und Anteilshaber/Vereinsmitglieder	1543
IV. Rechtsfolgen der Teilübertragung	1543
§ 42 Umwandlungsmaßnahmen unter Beteiligung von Rechtsträgern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft	1544
A. Grundlagen	1546
I. Abgrenzung zur Sitzverlegung	1546
1. Allgemeines	1546
2. Verwaltungssitzverlegung von Drittstaat nach Deutschland	1547
3. Verwaltungssitzverlegung von Deutschland in Drittstaat	1548
4. Satzungssitzverlegung von Drittstaat nach Deutschland	1549
5. Satzungssitzverlegung von Deutschland in Drittstaat	1549
6. Kumulative Verwaltungs- und Satzungssitzverlegung	1550
II. Praktische Bedeutung	1550
B. Umwandlungsrechtliche Maßnahmen mit Bezug zu Drittstaaten	1551
I. Bestimmung des anwendbaren Rechts	1551
1. Gesellschaftsstatut als Ausgangspunkt zur Bestimmung des anwendbaren Rechts	1551
2. Beteiligte Gesellschaften unterliegen unterschiedlichen Gesellschaftsstatuten	1552
II. Verschmelzung	1554
1. Zulässigkeit	1554
2. Verfahrensvoraussetzungen	1557
3. Rechtsfolgen	1557
III. Spaltung	1558
IV. Formwechsel	1559
C. Alternative Modelle zur Umsetzung relevanter Umwandlungsvorgänge unter Beteiligung von Drittstaatengesellschaften	1559
I. Übersicht	1559
II. Grenzüberschreitende Anwachsung	1559
1. Übernehmender Rechtsträger ist eine Drittstaatengesellschaft	1560
2. Übernehmender Rechtsträger ist eine inländische Gesellschaft	1561
3. Erweiterte Anwachsung	1563
III. Übertragung von Vermögenswerten im Wege eines Asset Deal	1564
1. Übertragung von Vermögenswerten auf eine Drittstaatengesellschaft	1564

Inhaltsverzeichnis

2. Übertragung von Vermögenswerten von einer Drittstaatengesellschaft auf eine inländische Gesellschaft	1565
IV. Grenzüberschreitende Realteilung unter Beteiligung von Drittstaatengesellschaften	1565
V. Kettenverschmelzung	1566
VI. Sonstige umwandlungähnliche Strukturmaßnahmen	1566
1. Business Combination Agreements	1566
2. Anteilstausch	1568
3. Strukturgestaltungen unter Verwendung von Holding-Strukturen	1568
4. Andere (unternehmens-)vertragliche oder sonstige Strukturmodelle	1569
§ 43 Gründung einer gemeinsamen Holding- oder Tochter-SE	1572
A. Grundlagen	1574
I. Regelungssystematik	1574
II. Praktische Bedeutung	1575
B. Gründung einer Holding-SE	1575
I. Voraussetzungen	1575
1. Gründungsberechtigte Gesellschaften	1575
2. Gemeinschaftsbezug	1576
3. Mehrstaatlichkeit	1576
II. Vorbereitungsphase	1578
1. Gründungsplan (einschließlich Gründungsbericht)	1578
2. Prüfung	1585
3. Zustimmung der Haupt- bzw. Gesellschafterversammlungen	1587
4. Arbeitnehmerbeteiligung	1588
III. Einbringungsverfahren	1588
1. Erste Phase – „Mindestquotenphase“	1588
2. Zweite Phase – „Zaunkönigphase“	1592
IV. Anwendung der deutschen Sachgründungsvorschriften	1593
1. Allgemeines	1593
2. Aktienrechtlicher Gründungsbericht	1593
3. Aktienrechtliche Gründungsprüfung	1593
4. Gründungshaftung	1594
V. Eintragung der Holding-SE	1594
1. Rechtmäßigkeitskontrolle	1594
2. Eintragungsverfahren	1595
3. Folgen der Eintragung	1596
C. Gründung einer Tochter-SE	1597
I. Primäre Gründung	1597
1. Voraussetzungen	1597
2. Gründungsverfahren	1598
II. Sekundäre Gründung	1602
1. Voraussetzungen	1602
2. Gründungsverfahren	1603

Teil 2. Besonderer Teil

1. Kapitel. Umwandlungen in Krise und Insolvenz

§ 44 Einführung	1605
§ 45 Umwandlungsmaßnahmen in Krise und Insolvenzreife (vor Insolvenzantrag)	1606
A. Besonderheiten bei Umwandlungsmaßnahmen in Krise und Insolvenzreife	1609
I. Überblick	1609
II. Verschmelzung	1609
1. Ziele	1609
2. Insolvenzreife als Verschmelzungshindernis?	1610
3. Problem der Anteilsgewährung am übernehmenden Rechtsträger	1616
4. Rechtliche Grenzen bei der Übertragung negativen Vermögens	1618
5. Gestaltungsmöglichkeiten	1620

Inhaltsverzeichnis

III. Spaltung und Ausgliederung	1620
1. Funktion der Spaltung in Krise und Insolvenz	1620
2. Rechtliche und wirtschaftliche Grenzen der Spaltung in Krise und Insolvenzreife	1620
IV. Formwechsel	1623
1. Funktion des Formwechsels in Krise und Insolvenz	1623
2. Rechtliche Grenzen des Formwechsels	1623
B. Haftung der Organe u. a. bei Umwandlungen in Krise und Insolvenzreife	1624
I. Einführung	1624
II. Haftung der Mitglieder des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans	1624
1. Verschmelzung	1624
2. Sonstige Umwandlungsmaßnahmen	1626
III. Haftung wegen Existenzvernichtenden Eingriffs	1626
C. Umwandlungen und Insolvenzanfechtung	1627
I. Überblick	1627
II. Anfechtung von Rechtshandlungen des übertragenden Rechtsträgers im Insolvenzverfahren des übernehmenden Rechtsträgers	1627
1. Einführung	1627
2. Anfechtbarkeit im Insolvenzverfahren des übernehmenden Rechtsträgers	1627
3. Rechtsfolge der Anfechtung: Bildung einer Sondermasse?	1628
III. Anfechtung von Umwandlungsmaßnahmen	1630
1. Überblick – allgemeine Anfechtungsvoraussetzungen	1630
2. Generelle Anfechtungsresistenz von Umwandlungsmaßnahmen?	1630
3. Anfechtung von Verschmelzungen	1632
4. Anfechtung von Spaltung und Ausgliederung	1639
5. Anfechtung Formwechsel	1642
IV. Anfechtung in der Insolvenz eines Gesellschafters	1643
1. Voraussetzungen	1643
2. Anfechtungsgegner	1644
3. Rechtsfolge	1644
D. Strafbarkeit der Beteiligten bei Umwandlungsmaßnahmen in Krise und Insolvenzreife	1644
I. Einführung	1644
II. Verschmelzung	1645
1. § 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	1645
2. § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	1645
III. Spaltung	1646
IV. Formwechsel	1646
E. Umwandlungen auf der Grundlage eines Restrukturierungsplans nach StaRUG	1646
I. Einführung	1646
II. Der Restrukturierungsplan nach StaRUG: Aufbau, Funktion, Annahme und Bestätigung	1647
III. Regelung von Umwandlungsmaßnahmen	1648
IV. Einzelne Umwandlungsmaßnahmen	1649
1. Verschmelzung	1649
2. Spaltungen, insbesondere Abspaltung und Ausgliederung im Restrukturierungsplan	1653
3. Formwechsel	1657
V. Rechtsschutz	1658
§ 46 Umwandlungen im Insolvenzverfahren, insbesondere Insolvenzplanverfahren	1659
A. Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzeröffnungsverfahren nach Insolvenzantrag	1661
B. Umwandlung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1662
C. Umwandlung im Insolvenzplanverfahren	1663
I. Überblick über das Insolvenzplanverfahren	1663
1. Wesen, Funktion, Rechtsnatur des Insolvenzplans	1663
2. Typische Planinhalte, insbesondere gesellschaftsrechtliche Maßnahmen	1664
3. Planwirkungen	1665

Inhaltsverzeichnis

4. Überblick über den Verfahrensablauf	1665
5. Verfahrensbegleitender/Verfahrensbeendender Plan	1666
II. Bedürfnisse der Sanierungspraxis für Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplanverfahren	1666
III. Umwandlungsmaßnahmen als Regelungsbestandteil eines Insolvenzplanes	1667
1. Zulässigkeit der Einbindung ins Insolvenzplanverfahren	1667
2. Umwandlungsfähigkeit des Schuldners im Insolvenzplanverfahren	1667
3. Allgemeine Anforderungen an die Umwandlungsmaßnahme im Insolvenzplan	1669
4. Funktion des Insolvenzplanverfahrens	1671
IV. Verschmelzung als Regelungsbestandteil eines Insolvenzplans	1673
1. Motive für eine Verschmelzung im Planverfahren	1673
2. Anspruch auf Sicherheitsleistung (§ 22 UmwG)	1673
3. Umsetzung einer im Insolvenzplanverfahren eingebundenen Verschmelzung	1674
V. Spaltungen, insbesondere die Abspaltung und Ausgliederung als Regelungsbestandteil eines Insolvenzplanes	1679
1. Bedürfnisse für Spaltungen im Planverfahren	1679
2. Beeinträchtigung der Gläubigerschutzvorschriften	1679
3. Umsetzung einer Abspaltung im Insolvenzplanverfahren	1682
4. Besonderheiten bei der Ausgliederung im Insolvenzplanverfahren	1685
VI. Der Formwechsel als Regelungsbestandteil eines Insolvenzplanes	1685
1. Motive für einen Formwechsel im Planverfahren	1685
2. Umsetzung eines Formwechsels im Insolvenzplanverfahren	1686
VII. Besonderheiten bei der Handelsregisteranmeldung/im Registerverfahren	1687
1. Anmeldung zum Handelsregister	1687
2. Erklärung nach § 140 UmwG	1688
3. Kompetenzabgrenzung Registergericht/Insolvenzgericht	1689
VIII. Besonderheiten des Rechtsschutzes gegen Umwandlungsmaßnahmen im Insolvenzplanverfahren	1690
1. Verdrängung des umwandlungsrechtlichen Rechtsschutzes	1690
2. Minderheitenschutzantrag (§ 251 InsO)	1690
3. Sofortige Beschwerde (§ 253 InsO)	1691
IX. Austrittsrecht und Abfindungsangebot	1692
D. Umwandlung bei Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens oder Einstellung mangels Masse	1692

2. Kapitel. Steuerrecht

§ 47 Steuerliche Auswirkungen von Umwandlungen – Anwendungsbereich des UmwStG	1694
I. Grundlagen	1694
II. Relevante Steuerarten	1695
1. Überblick	1695
2. Ertragsteuern (Einkommen-/Körperschaft-/Gewerbesteuer)	1695
3. Grunderwerbsteuer	1698
4. Umsatzsteuer	1698
5. Erbschaft- und Schenkungsteuer bei früherer Verschenkung/Vererbung von Betriebsvermögen oder Anteilen	1698
6. Auswirkungen auf Stromsteuerermäßigungen und energiewirtschaftliche Privilegierungen für das produzierende Gewerbe	1698
III. Anwendungsbereich des UmwStG	1699
1. Nationale Umwandlungsformen	1699
2. Persönlicher Anwendungsbereich	1700
§ 48 Verschmelzung	1700
A. Verschmelzung von Körperschaften auf Personengesellschaften	1703
I. Ertragsteuerliche Systematik	1703
II. Einordnung verschiedener Verschmelzungsrichtungen (Upstream, Sidestream, Downstream)	1704

Inhaltsverzeichnis

III. Steuerlicher Übertragungsstichtag	1705
1. Bedeutung	1705
2. Anknüpfung an den zivil/handelsrechtlichen Verschmelzungsstichtag nach § 5 Abs. 1 Nr. 6 UmwG	1705
3. Steuerliche Rückwirkung	1706
IV. Kreis der beteiligten Rechtsträger	1707
1. Übertragender Rechtsträger	1707
2. Übernehmender Rechtsträger	1708
V. Steuerliche Auswirkungen auf Ebene der übertragenden Körperschaft	1708
1. Steuerliche Schlussbilanz	1708
2. Abweichender Wertansatz mit Buchwert oder Zwischenwert	1709
3. Besteuerung eines Übertragungsgewinns	1712
VI. Steuerliche Auswirkung auf Ebene der übernehmenden Personengesellschaft	1713
1. Besteuerung offener Rücklagen	1713
2. Bewertung des übergelassenen Vermögens	1715
3. Übernahmeergebnis	1717
4. Übernahmefolgegewinn/-verlust	1719
5. Nachlaufende Sperrfrist nach § 18 Abs. 3 UmwStG	1721
VII. Praxishinweise/steuerlich Fallstricke	1721
B. Verschmelzung von Körperschaften auf Körperschaften	1722
I. Grundlagen	1722
1. Überblick	1722
2. Einordnung verschiedener Verschmelzungsrichtungen (Upstream, Sidestream, Downstream)	1723
II. Steuerliche Auswirkung auf Ebene der übertragenden Kapitalgesellschaft	1723
III. Steuerliche Auswirkungen auf Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	1724
1. Wertverknüpfung mit der übertragenden Kapitalgesellschaft	1724
2. Steuerliche Behandlung des Übernahmewinns oder -verlusts bei Beteiligung der übernehmenden an der übertragenden Kapitalgesellschaft (up-stream Verschmelzung)	1724
3. Übernahmewinn/-verlust bei side-stream Verschmelzung	1725
4. Keine Kapitalertragsteuerverpflichtung	1725
5. Eintreten in die Rechtsstellung der übertragenden Körperschaft	1726
6. Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten	1726
7. Steuerliches Einlagekonto	1726
IV. Steuerliche Auswirkungen auf Ebene der Anteilseigner	1726
1. Anteilstausch zum gemeinen Wert	1726
2. Abweichender Buchwertansatz	1727
C. Verschmelzung von Personengesellschaften auf Körperschaften	1727
I. Grundlagen	1727
1. Überblick	1727
2. Einordnung verschiedener Verschmelzungsrichtungen (Upstream, Sidestream, Downstream)	1728
II. § 20 UmwStG als steuerrechtliche Norm für Sidestream- und Downstream-Sachverhalte	1729
III. § 20 UmwStG im Einzelnen	1729
1. Betriebsvermögensvoraussetzung für die übertragende Personengesellschaft	1729
2. Ansässigkeitsvoraussetzungen für die beteiligten Rechtsträger – Ausschluss der Steuerneutralität für Nicht-EU/EWR-Rechtsträger als Gesellschafter	1729
3. Kapitalerhöhung/Gewährung neuer Gesellschaftsrechte an der übernehmenden Kapitalgesellschaft	1730
4. Übertragungsgegenstand	1730
5. Bewertungsgrundsatz des übernommenen Betriebsvermögens	1731
6. Abweichender Wertansatz	1731
7. Gewinnauswirkung	1733
8. Steuerliche Auswirkungen auf Ebene der übernehmenden Kapitalgesellschaft	1734

Inhaltsverzeichnis

9. Steuerliche Auswirkungen auf Ebene der Gesellschafter	1734
10. Rückwirkung	1738
D. Verschmelzung von Personengesellschaften auf Personengesellschaften	1738
I. Grundlagen	1738
1. Überblick	1738
2. Einordnung verschiedener Verschmelzungsrichtungen (Upstream, Sidestream, Downstream)	1739
II. § 24 UmwStG als steuerrechtliche Norm für Sidestream-Sachverhalte	1739
III. § 24 UmwStG im Einzelnen	1739
1. Übertragungsgegenstand	1739
2. Übertragender	1740
3. Gewährung einer Mitunternehmerstellung	1740
4. Bewertungsgrundsatz des übernommenen Betriebsvermögens	1741
5. Abweichender Wertansatz	1741
6. Steuerliche Auswirkungen für die übernehmende Personengesellschaft	1741
7. Steuerliche Auswirkungen für den Übertragenden	1741
8. Rückwirkung	1743
§ 49 Umwandlungssteuerrechtliche Regelungen zur Spaltung	1743
A. Auf- und Abspaltung von Körperschaften auf Körperschaften	1745
I. Überblick	1745
1. Anwendbare Vorschriften	1745
2. Regelungsgehalt des § 15 UmwStG	1746
3. Von § 15 UmwStG erfasst Sachverhalte	1746
II. Voraussetzungen einer steuerverneutralen Spaltung	1747
1. Überblick über die Voraussetzungen	1747
2. Der Teilbetriebsbegriff als Kernproblem bei Spaltungen	1747
3. Teilbetriebsfiktionen gemäß § 15 Abs. 1 S. 3 UmwStG	1758
4. Doppeltes Teilbetriebserfordernis	1760
III. Keine missbräuchliche Gestaltung im Sinne des § 15 Abs. 2 UmwStG	1760
1. Verhältnis zu § 42 AO	1760
2. Kein Erwerb und keine Aufstockung von Mitunternehmeranteilen und Beteiligungen	1761
3. Keine Veräußerung an außenstehende Person	1763
4. Trennung von Gesellschafterstämmen	1769
IV. Antrag auf Buchwertfortführung	1770
V. Ertragsteuerliche Rechtsfolgen einer Spaltung	1770
1. Ertragsteuerwirksame Spaltung	1770
2. Ertragsteuerneutrale Spaltung	1775
VI. Besonderheiten bei einer rückwirkenden Spaltung	1776
B. Auf- und Abspaltung von Körperschaften auf Personengesellschaften	1777
I. Überblick	1777
1. Anwendbare Vorschriften	1777
2. Regelungsgehalt des § 16 UmwStG	1777
3. Erfasste Fälle	1777
II. Entsprechende Anwendung des § 15 Abs. 1 und 2 UmwStG	1777
III. Rechtsfolgen	1778
1. Entsprechende Anwendung der §§ 3 bis 8 UmwStG	1778
2. Entsprechende Anwendung des § 15 Abs. 3 UmwStG	1779
3. Sonstige Rechtsfolgen	1779
C. Auf- und Abspaltung von Personengesellschaften auf Körperschaften	1780
I. Einordnung der konkreten Abspaltung für Besteuerungszwecke	1780
II. Keine explizite Regelung der up-stream Aufspaltung oder Abspaltung	1780
III. Anwendung von § 20 UmwStG bei der side-stream-Aufspaltung oder Abspaltung	1780
D. Auf- und Abspaltung von Personengesellschaften auf Personengesellschaften	1781
I. Einordnung der konkreten Abspaltung für Besteuerungszwecke	1781
II. Keine explizite Regelung der up-stream Aufspaltung oder Abspaltung	1782

Inhaltsverzeichnis

III. Anwendung von § 24 UmwStG bei der side-stream Aufspaltung oder -abspaltung	1782
E. Ausgliederung	1783
I. Ausgliederung auf eine Kapitalgesellschaft	1783
II. Ausgliederung auf eine Personengesellschaft	1784
§ 50 Formwechsel	1785
I. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	1785
1. Grundlagen	1785
2. Anwendung der Grundsätze über die Verschmelzung von Körperschaften auf Personengesellschaften	1787
II. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	1789
1. Anwendbarkeit der Vorschriften zur Einbringung (§§ 20 ff. UmwStG)	1789
2. Zeitpunkt des Wirksamwerdens	1790
3. Wesentliche Betriebsgrundlagen im Sonderbetriebsvermögen	1790
4. Weitere Vorraussetzungen des § 20 UmwStG	1790
5. Sperrfristen	1791
III. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine andere Rechtsform der Personengesellschaft	1791
IV. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine andere Rechtsform der Kapitalgesellschaften	1791
§ 51 Sonstige Umwandlungsmaßnahmen	1791
I. Vermögensübertragung	1791
1. Grundlagen	1791
2. Kreis der beteiligten Rechtsträger	1792
3. Steuerlicher Übertragungstichtag	1792
4. Steuerliche Rückwirkung	1793
II. Vollübertragung	1793
1. Anwendung der Grundsätze über die Verschmelzung von Körperschaften ..	1793
III. Teilübertragung	1795
§ 52 Grunderwerbsteuerliche Aspekte	1796
A. Einleitung	1797
I. Grunderwerbsteuer als Verkehrssteuer	1797
B. Umwandlungen nach dem UmwG	1798
I. Allgemeines	1798
1. Nichtübertragende Umwandlung des Formwechsels	1798
2. Übertragende Umwandlungen (Verschmelzung, Spaltungen)	1800
II. Entstehung der Grunderwerbsteuer	1807
III. Bemessungsgrundlage der GrESt	1808
1. Grundsatz	1808
2. Grunderwerbsteuerrechtliche Bemessungsgrundlage bei Umwandlungsvorgängen	1808
C. Umwandlungen außerhalb des UmwG	1809
I. Einbringung	1809
II. Anwachsung	1810
D. Steuerbefreiungen	1810
I. §§ 5 und 6 GrEStG	1811
1. Begünstigte Sachverhalte	1811
2. Steuerschädliche Unterbrechung von grunderwerbsteuerlichen Behaltensfristen	1811
3. Besonderheiten bezüglich der Steuervergünstigung nach § 6 Abs. 3 GrEStG	1811
4. Anwendung von § 6 Abs. 2 GrEStG bei Vereinigung aller Anteile einer grundbesitzenden Personengesellschaft	1812
II. Steuervergünstigung bei Umstrukturierungen im Konzern gemäß § 6a GrEStG	1812
1. Überblick	1812

Inhaltsverzeichnis

III. Voraussetzungen für die Steuervergünstigung nach § 6a GrEStG	1813
1. Begünstigungsfähige Rechtsvorgänge	1813
2. Beteiligte	1814
IV. Rechtsfolgen	1816
1. Umfang der Befreiung	1816
2. Folgen der Verletzung der Nachbehaltensfrist	1817
§ 53 Umsatzsteuer in der Umwandlung	1817
I. Grundlagen	1817
II. Geschäftsveräußerung im Ganzen	1818
III. Rechtsfolgen beim fehlenden Vorliegen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen	1819
1. Nicht steuerbarer Innenumsatz auf Grund Organschaft	1819
2. Leistungsaustausch mit Vorsteuerabzug	1820
IV. Praxisempfehlungen	1820
§ 54 Auswirkungen von Umwandlungen auf ertragsteuerliche Organschaftsverhältnisse ...	1820
A. Grundsätze der ertragsteuerlichen Organschaft	1821
I. Begründung einer ertragsteuerlichen Organschaft	1821
1. Finanzielle Eingliederung	1822
2. Persönliche Eignung des Organträgers	1822
3. Zugehörigkeit zu einer inländischen Betriebsstätte	1823
4. Abschluss und Durchführung eines Gewinnabführungsvertrags	1823
II. Rechtsfolgen der Begründung einer Organschaft	1825
III. Rechtsfolgen bei Nichterfüllen der Voraussetzungen	1825
B. Überblick über Problemkreise	1825
C. Umwandlung des Organträgers	1826
I. Umwandlung durch Verschmelzung	1826
1. Fortsetzung einer bestehenden Organschaft	1826
2. Besonderheiten bei Auf- und Abwärtsverschmelzung	1827
3. Behandlung organschaftlicher Ausgleichsposten	1827
II. Umwandlung durch Spaltung und Ausgliederung	1828
1. Spaltung	1829
2. Ausgliederung	1829
III. Umwandlung durch Formwechsel	1829
IV. Folgen der Fortführung einer bestehenden Organschaft	1830
V. Begründung einer Organschaft mit neu gegründeter Organgesellschaft	1830
D. Organträger als übernehmender Rechtsträger	1831
E. Umwandlung der Organgesellschaft	1832
I. Umwandlung durch Verschmelzung	1832
II. Umwandlung durch Spaltung und Ausgliederung	1832
III. Umwandlung durch Formwechsel	1833
IV. Behandlung eines Übertragungsgewinns bzw. -verlustes	1833
F. Organgesellschaft als übernehmender Rechtsträger	1834
I. Fortführung einer Organschaft	1834
II. Behandlung eines Übernahmegewinns bzw. -verlustes	1834

3. Kapitel. Arbeitsrecht

§ 55 Umwandlungen und Arbeitsrecht – eine Einführung	1835
I. Überblick über die arbeitsrechtlichen Aspekte der verschiedenen Umwandlungsarten	1835
II. Einschlägige Rechtsquellen	1836
1. Rechtsquellen für arbeitsrechtliche Vorgaben in Bezug auf Umwandlungen	1836
2. Verhältnis des UmwG zu anderen arbeitsrechtlichen Rechtsquellen	1838
3. Analoge Anwendung von umwandlungsrechtlichen Schutzvorschriften ...	1838
§ 56 Arbeitsrechtliche Vorgaben für die Vorbereitung und die Durchführung von Umwandlungen	1839
A. Überblick	1841

Inhaltsverzeichnis

B. Arbeitsrechtliche Vorgaben des UmwG	1842
I. Arbeitnehmerschutz durch Transparenz	1842
1. Inhaltliche Vorgabe, Zuleitung und Eintragungsvoraussetzung	1842
2. Zielsetzung	1843
II. Arbeitsrechtliche Angaben in Umwandlungsverträgen	1844
1. Umfang der Angaben	1844
2. Angaben bei fehlendem Betriebsrat und bei arbeitnehmerlosen Gesellschaften	1854
3. Rechtsfolgen fehlender oder unvollständiger Angaben zu den Folgen der Umwandlung für die Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen	1855
III. Zuleitung von Umwandlungsverträgen etc. an die zuständigen Betriebsräte	1857
1. Gegenstand der Zuleitung	1857
2. Adressaten der Zuleitung und des Zuleitungserfordernisses	1858
3. Form und Nachweis der Zuleitung	1860
4. Frist für die Zuleitung und Verzicht	1860
5. Änderungen des Vertrages nach Zuleitung	1862
6. Rechtsfolgen einer unterbliebenen oder nicht rechtzeitigen Zuleitung	1863
7. Besonderheiten der grenzüberschreitenden Umwandlungen	1863
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten des Betriebsrats bei Verletzung umwandlungsrechtlicher Vorschriften	1865
V. Anwendbarkeit des UmwG auf andere Arbeitnehmervertretungsgremien	1866
C. Beteiligungsrechte nach dem BetrVG	1866
I. Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses	1866
1. Pflicht zur Unterrichtung über den Zusammenschluss oder die Spaltung von Unternehmen	1866
2. Art und Weise der Unterrichtung	1867
3. Rechtsfolgen einer Verletzung der Unterrichtungspflicht	1868
II. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Betriebsänderungen	1869
1. Überblick	1869
2. Begriff der Betriebsänderung	1870
3. Unterrichtung über die geplante Betriebsänderung	1873
4. Interessenausgleich und Sozialplan	1875
5. Pflicht zum Nachteilsausgleich gemäß § 113 BetrVG	1888
6. Rechtsschutzmöglichkeiten des Betriebsrats gegen Betriebsänderungen	1888
7. Tendenzbetriebe	1891
III. Sonstige Beteiligungsrechte des Betriebsrats in Zusammenhang mit Umwandlungen	1891
IV. Keine Beteiligungsrechte weiterer Arbeitnehmervertretungsgremien nach dem BetrVG	1893
D. Beteiligungsrechte anderer Mitbestimmungsgremien	1893
I. Sprecherausschuss	1893
II. Europäischer Betriebsrat	1894
III. Sonstige Gremien	1896
§ 57 Arbeitsrechtliche Folgen von Umwandlungen	1898
A. Umwandlung und Betriebsübergang	1900
I. Überblick	1900
II. Voraussetzungen des Betriebsübergangs und ihre Verwirklichung durch Umwandlungen	1902
1. Betrieb oder Betriebsteil	1902
2. Fortführung unter Wahrung der Betriebsidentität durch den Erwerber	1905
3. Übergang auf einen anderen Inhaber	1909
4. Rechtsgeschäftliche Grundlage für den Übergang	1912
III. Unterrichtung und Widerspruchsrecht bei Umwandlungen	1913
1. Überblick	1913
2. Pflicht zur Unterrichtung der Arbeitnehmer	1913
3. Widerspruchsrecht der Arbeitnehmer	1920

Inhaltsverzeichnis

IV. Folgen des Betriebsübergangs für die Arbeitsbedingungen der betroffenen Arbeitnehmer	1927
1. Überblick	1927
2. Folgen für die Arbeitsverhältnisse auf individualvertraglicher Ebene	1928
3. Folgen für die Betriebsverfassung und kollektivrechtliche Regelungen	1940
4. Gesamtschuldnerische Nachhaftung gegenüber Arbeitnehmern	1948
B. Folgen des Formwechsels für die Arbeitsverhältnisse der betroffenen Arbeitnehmer	1950
C. Folgen für die unternehmerische Mitbestimmung	1950
I. Überblick	1950
II. Verschmelzungen und unternehmerische Mitbestimmung	1952
1. Auswirkungen von Verschmelzungen auf die unternehmerische Mitbestimmung bei dem übertragenden Rechtsträger	1952
2. Auswirkungen von Verschmelzungen auf die unternehmerische Mitbestimmung bei dem übernehmenden Rechtsträger	1953
III. Spaltungen und unternehmerische Mitbestimmung	1954
1. Auswirkungen von Spaltungen auf die unternehmerische Mitbestimmung bei dem übertragenden Rechtsträger	1954
2. Auswirkungen von Spaltungen auf die unternehmerische Mitbestimmung bei dem übernehmenden Rechtsträger	1957
IV. Formwechsel und unternehmerische Mitbestimmung	1958
1. Überblick	1958
2. Formwechsel von einer nicht mitbestimmungspflichtigen Rechtsform in eine mitbestimmungspflichtige Rechtsform	1958
3. Formwechsel von einer mitbestimmungspflichtigen Rechtsform in eine nicht mitbestimmungspflichtige Rechtsform	1958
4. Formwechsel von einer mitbestimmungspflichtigen Rechtsform in eine ebenfalls mitbestimmungspflichtige Rechtsform	1959
V. Umwandlungen und Statusverfahren	1959

4. Kapitel. Bilanzrecht

§ 58 Verschmelzung	1962
A. Einführung	1963
B. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	1963
I. Allgemein	1963
II. Schlussbilanz	1963
1. Stichtag der Schlussbilanz	1963
2. Einreichung der „Schlussbilanz“ und ihrer Bestandteile	1965
3. Aufstellung, Prüfung und Offenlegung der Schlussbilanz	1965
4. Inhalt der Schlussbilanz (Ansatz und Bewertung)	1966
5. Inventur auf Stichtag der Schlussbilanz	1968
III. Bilanzierungspflicht während schwebender Verschmelzung	1968
1. Keine Bilanz auf Eintragung der Verschmelzung	1968
2. Bilanzierung am regulären Abschlussstichtag	1968
C. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	1970
I. Allgemein	1970
II. Zeitpunkt der Erfassung	1970
1. Jahresbilanz oder Eröffnungsbilanz	1970
2. Ergebnisuordnung	1971
III. Ansatz der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	1971
1. Ansatz bei Bilanzierung zu Anschaffungskosten	1971
2. Ansatz bei Buchwertverknüpfung	1973
IV. Bewertung der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	1973
1. Bewertung mit tatsächlichen Anschaffungskosten	1974
2. Bewertung bei Buchwertverknüpfung	1983
D. Bilanzierung bei Anteilsinhabern der beteiligten Rechtsträger	1991
I. Folgen bei den Anteilsinhabern des übertragenden Rechtsträgers	1991
II. Folgen bei den Anteilsinhabern des übernehmenden Rechtsträgers	1992

Inhaltsverzeichnis

E. Besonderheiten bei grenzüberschreitender Verschmelzung	1992
I. Hinaus-Verschmelzung	1993
II. Herein-Verschmelzung	1993
§ 59 Spaltung	1994
A. Einführung	1996
B. Aufspaltung	1996
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	1996
1. Schlussbilanz	1996
2. Bilanzierungspflicht während schwebender Aufspaltung	1998
3. Kapitalerhaltung beim übertragenden Rechtsträger	1998
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	1999
1. Allgemein	1999
2. Zeitpunkt der Erfassung	1999
3. Ansatz der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	2000
4. Bewertung der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	2000
III. Bilanzierung bei Anteilshabern der beteiligten Rechtsträger	2010
1. Folgen bei den Anteilshabern des übertragenden Rechtsträgers	2011
2. Folgen bei den Anteilshabern der übernehmenden Rechtsträger	2011
IV. Bilanzierung der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 133 UmwG	2011
C. Abspaltung	2012
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	2012
1. Schlussbilanz	2012
2. Abbildung der Abspaltung im Jahresabschluss	2013
3. Kapitalerhaltung beim übertragenden Rechtsträger	2014
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	2017
1. Allgemeines	2017
2. Bewertung der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	2017
III. Bilanzierung bei Anteilshabern der beteiligten Rechtsträger	2031
1. Folgen bei den Anteilshabern des übertragenden Rechtsträgers	2031
2. Folgen bei den Anteilshabern des übernehmenden Rechtsträgers	2031
3. Folgen bei einer Beteiligung der Anteilshaber an beiden Rechtsträgern	2031
IV. Bilanzierung der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 133 UmwG	2032
D. Ausgliederung	2032
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	2032
1. Schlussbilanz	2032
2. Abbildung der Ausgliederung im Jahresabschluss	2033
3. Kapitalerhaltung beim übertragenden Rechtsträger	2034
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	2035
1. Allgemeines	2035
2. Bewertung der übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden	2035
III. Bilanzierung bei Anteilshabern der beteiligten Rechtsträger	2038
1. Folgen bei den Anteilshabern des übertragenden Rechtsträgers	2038
2. Folgen bei den Anteilshabern des übernehmenden Rechtsträgers	2038
IV. Bilanzierung der gesamtschuldnerischen Haftung nach § 133 UmwG	2039
E. Besonderheiten bei grenzüberschreitender Spaltung	2039
I. Hinaus-Spaltung	2039
II. Herein-Spaltung	2040
§ 60 Formwechsel	2040
A. Einführung	2041
B. Formwechsel einer Personenhandels-gesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	2042
I. Bilanzierung beim formwechselnden Rechtsträger	2042
1. Bilanzierung anlässlich des Formwechsels	2042
2. Bilanzierung nach Wirksamwerden des Formwechsels	2046
II. Bilanzierung bei Anteilshabern des formwechselnden Rechtsträgers	2049

Inhaltsverzeichnis

C. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personenhandelsgesellschaft	2049
I. Bilanzierung beim formwechselnden Rechtsträger	2049
1. Bilanzierung anlässlich des Formwechsels	2049
2. Bilanzierung nach Wirksamwerden des Formwechsels	2051
II. Bilanzierung bei Anteilsinhabern des formwechselnden Rechtsträgers	2053
D. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Kapitalgesellschaft anderer Rechtsform	2053
I. Bilanzierung beim formwechselnden Rechtsträger	2053
1. Bilanzierung anlässlich des Formwechsels	2053
2. Bilanzierung nach Wirksamwerden des Formwechsels	2056
II. Bilanzierung bei Anteilsinhabern des formwechselnden Rechtsträgers	2057
E. Besonderheiten beim grenzüberschreitenden Formwechsel	2057
I. Hinaus-Formwechsel	2057
II. Herein-Formwechsel	2058
§ 61 Sonstige Umwandlungsmaßnahmen	2059
A. Vermögensübertragung	2059
I. Vollübertragung	2059
1. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	2060
2. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	2060
3. Bilanzierung bei Anteilsinhabern der beteiligten Rechtsträger	2061
4. Fallbeispiel	2061
II. Teilübertragung	2063
1. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	2063
2. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	2063
3. Bilanzierung bei Anteilsinhabern der beteiligten Rechtsträger	2064
4. Fallbeispiel	2064
B. Exkurs: Anwachsung	2066
I. Bilanzierung beim übertragenden Rechtsträger	2066
II. Bilanzierung beim übernehmenden Rechtsträger	2066
III. Bilanzierung bei Anteilsinhabern der beteiligten Rechtsträger	2067
IV. Fallbeispiel	2067

5. Kapitel. Kartellrecht

§ 62 Fusionskontrollrechtliche Anmeldepflicht der Umwandlungsmaßnahme	2069
A. Einleitung: Bedeutung des Kartellrechts für Umwandlungsmaßnahmen	2071
B. Voraussetzungen der Anmeldepflicht (europäische und deutsche Fusionskontrolle)	2071
I. Begriff des Unternehmens	2072
1. Europäisches Kartellrecht	2072
2. Deutsches Kartellrecht	2075
II. Der Tatbestand des Zusammenschlusses	2076
1. Europäische Fusionskontrolle	2076
2. Deutsche Fusionskontrolle	2078
III. Die einzelnen Formen der Umwandlung als Zusammenschlüsse	2084
1. Verschmelzung	2084
2. Spaltung: Aufspaltung	2086
3. Spaltung: Abspaltung	2086
4. Spaltung: Ausgliederung	2087
5. Formwechsel	2087
6. Vermögensübertragung	2087
7. Grenzüberschreitende Umwandlung	2088
IV. Die fusionskontrollrechtlichen Schwellenwerte	2088
1. Europäische Fusionskontrolle	2088
2. Deutsche Fusionskontrolle	2091
C. Der materiell-rechtliche Prüfungsmaßstab	2094
I. Europäische Fusionskontrolle	2094
II. Deutsche Fusionskontrolle	2095

Inhaltsverzeichnis

D. Überblick über das Fusionskontrollverfahren	2095
I. Europäische Fusionskontrolle	2095
II. Deutsche Fusionskontrolle	2096
E. Das Vollzugsverbot	2097
F. Anmelde- und Genehmigungspflichten außerhalb der Fusionskontrolle	2099
I. Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nach der Außenwirtschaftsverordnung	2099
II. Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen des Finanzsektors	2102
III. Erwerb von Beteiligungen an Veranstaltern von Fernsehprogrammen	2103
G. Internationale Aspekte	2104
I. Umwandlungen außerhalb des Geltungsbereichs des UmwG	2104
II. Fusionskontrolle nach ausländischen Rechtsordnungen	2105
1. Auswirkungsprinzip	2105
2. Zusammenschlusstatbestand und Schwellenwerte	2106
3. Der materielle Prüfungsmaßstab	2107
4. Anmelde- und Genehmigungspflichten außerhalb der Fusionskontrolle	2108
§ 63 Kartellrechtliche Auswirkungen einer Umwandlungsmaßnahme	2108
A. Auswirkungen auf die Fusionskontrolle	2109
B. Auswirkungen auf das Kartell- und Missbrauchsverbot	2110
I. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen	2110
II. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	2112
C. Auswirkungen auf die Haftung für Verstöße gegen das Kartellrecht	2112
I. Haftung für Bußgelder für Verstöße vor der Umwandlungsmaßnahme	2113
1. Anwendbares Recht	2113
2. Haftung nach europäischem Kartellrecht	2113
3. Haftung nach deutschem Kartellrecht	2114
II. Haftung für Bußgelder nach der Umwandlungsmaßnahme (und fortdauernde Verstöße)	2115
1. Haftung des Rechtsnachfolgers nach europäischem Kartellrecht	2115
2. Haftung des Rechtsnachfolgers nach deutschem Kartellrecht	2117
III. Zivilrechtliche Haftung	2119
1. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	2120
2. Schadenersatzanspruch	2120
6. Kapitel. Weitere Besonderheiten	
§ 64 Bankaufsichtsrecht	2123
A. Einführung	2124
I. Beaufsichtigte Unternehmen	2125
II. Funktionen und Instrumente der Aufsicht	2126
III. Aufsicht in der Bankenunion	2127
1. Das Single Rulebook	2127
2. SSM, SRM und DGS	2128
IV. Aufsichtsrechtliche Anforderungen an Umwandlungen	2130
B. Anzeige- und Erlaubniserfordernisse	2130
I. Zuständiger Anzeigeadressat und zuständige Erlaubnisbehörde im SSM	2130
1. Anzeigeadressaten	2130
2. Zuständigkeit im SSM-Erlaubnisverfahren	2131
II. Anwendbares Verfahrensrecht für Anzeige- und Erlaubniserfordernisse	2131
III. Verschmelzung	2133
1. Verschmelzung durch Aufnahme	2133
2. Verschmelzung durch Neugründung	2141
IV. Spaltung	2142
1. Aufspaltung	2143
2. Abspaltung	2144
3. Ausgliederung	2147
V. Formwechsel	2147
1. Formwechsel von Personengesellschaften (§§ 214 ff. UmwG)	2148

Inhaltsverzeichnis

2. Formwechsel von Kapitalgesellschaften (§§ 226 ff. UmwG)	2148
3. Formwechsel eingetragener Genossenschaften (§§ 258 ff. UmwG)	2149
4. Formwechsel von Anstalten des öffentlichen Rechts (§§ 301 ff. UmwG)	2149
VI. Vermögensübertragung	2150
VII. Grenzüberschreitende Umwandlungen	2150
1. Aufsichtszuständigkeiten der EZB	2150
2. Umwandlungen unter Beteiligung von Instituten aus EWR-Staaten	2151
3. Umwandlungen unter Beteiligung von Instituten aus Drittstaaten	2151
4. Exkurs: Auswirkungen des Brexit	2151
C. Umwandlungen in der Krise	2152
I. Besondere aufsichtsrechtliche Anforderungen und Befugnisse	2153
1. Befugnisse nach KWG	2153
2. Anforderungen und Befugnisse nach SAG	2155
3. Befugnisse nach Art. 16 SSM-VO	2156
II. Umwandlungsähnliche Abwicklungsmaßnahmen	2157
§ 65 Versicherungsaufsichtsrecht	2158
I. Allgemeines	2158
II. Genehmigungsvorbehalt	2160
1. Zuständige Behörde	2161
2. Prüfungsumfang	2161
3. Rechtsmittel und Rechtsfolgen	2163
III. Sonstige Anforderungen	2164
§ 66 Kapitalmarktrecht	2165
A. Kapitalmarktrechtliche Aspekte der Umwandlung	2166
I. Allgemeines	2166
II. Börsenzulassung der ausgegebenen Anteile	2167
1. Formwechsel	2167
2. Verschmelzung	2168
3. Spaltung	2168
III. Prospektpflicht und -haftung	2169
1. Prospektpflicht und Ausnahmen	2169
2. Anforderungen an einen Prospekt	2170
3. Prospekthaftung	2174
IV. Pflichtangebot nach WpÜG	2175
1. Anwendbarkeit des WpÜG auf umwandlungsrechtliche Vorgänge	2176
2. Verschmelzung und Spaltung	2176
3. Nichtberücksichtigung von Stimmrechten und Befreiung von einem Pflichtangebot	2178
4. Gegenleistung	2179
V. Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten	2180
1. Veröffentlichungspflicht von Insiderinformationen	2180
2. Stimmrechtsmitteilungspflichten	2183
3. Pflicht zur Veröffentlichung der Gesamtzahl der Stimmrechte	2184
B. Übernahmerechtlicher Squeeze-out	2184
I. Überblick	2184
II. Beteiligte	2186
III. Verfahren	2187
1. Tatbestandsvoraussetzungen	2187
2. Verfahrensmodalitäten	2189
IV. Abfindung	2192
1. Überblick	2192
2. Angemessenheitsvermutung	2193
3. Unwiderlegbarkeit der Angemessenheitsvermutung	2194
4. Nichteingreifen der Angemessenheitsvermutung	2195
V. Rechtsschutz	2195
VI. Andienungsrecht	2197

Inhaltsverzeichnis

§ 67 Immobilienrecht bei Umwandlungen	2199
I. Übergang von Grundstücken und Grundstücksrechten	2199
1. Rechtsübergang außerhalb des Grundbuchs	2199
2. Grundbuchberichtigung	2202
II. Mietverträge	2203
1. Umwandlung des Vermieters	2203
2. Umwandlung des Mieters	2206
§ 68 Umweltrecht	2209
A. Einführung	2213
B. Übergang der umweltrechtlichen Genehmigungen und der Haftung im Falle einer Umwandlung	2213
I. Grundlagen der Nachfolge in öffentlich-rechtliche Rechte und Pflichten	2214
II. Die umwandlungsbedingte vollständige Gesamtrechtsnachfolge in öffentlich-rechtliche Rechte und Pflichten (Verschmelzung)	2215
1. Nachfolge in Pflichten	2215
2. Nachfolge in Rechte, namentlich Genehmigungen	2223
3. Nachfolge in Rechte und Pflichten aus öffentlich-rechtlichen Verträgen	2226
III. Besonderheiten einzelner Umwandlungsvorgänge	2226
1. Spaltung	2226
2. Vermögensübertragung	2231
3. Formwechsel	2231
IV. Verfahrensrechtliche Stellung des Gesamtrechtsnachfolgers	2232
1. Umwandlung vor Einlegung eines Rechtsbehelfs	2232
2. Umwandlung nach Einlegung eines Rechtsbehelfs	2232
3. Umwandlung nach rechtskräftigem Urteil	2233
C. Die Anwendung umwandlungsrechtlicher Gläubigerschutzvorschriften auf öffentlich-rechtliche Pflichten	2234
I. Anspruch auf Sicherheitsleistung nach § 22 Abs. 1 UmwG	2234
II. Weitere Gläubigerschutzvorschriften	2235
1. Gläubigerschutz nach § 133 UmwG	2235
2. „Vergessene“ Verbindlichkeiten	2236
3. Gläubigerschutz nach § 45 UmwG	2237
D. Umwandlungsthemen in einzelnen Teilgebieten des Umweltrechts	2237
I. Bodenschutz- und Altlastenrecht	2238
1. Die Haftung des Gesamtrechtsnachfolgers nach § 4 Abs. 3 S. 1 BBodSchG	2238
2. Die Durchgriffshaftung nach § 4 Abs. 3 S. 4 Alt. 1 BBodSchG	2242
3. Die Haftung des früheren Eigentümers nach § 4 Abs. 6 BBodSchG	2245
II. Immissionsschutzrecht	2246
1. Übergang der Genehmigung nach § 4 BImSchG	2246
2. Folgen der umwandlungsbedingten Teilung einer Anlage	2248
3. Folgen der umwandlungsbedingten Zusammenführung mehrerer Anlagen	2250
4. Übergang von Betreiberpflichten	2252
5. Übergang der Nachsorgepflichten aus § 5 Abs. 3 BImSchG	2252
III. Atom- und Strahlenschutzrecht	2253
1. Übertragung von Genehmigungen	2253
2. Übergang von strahlenschutzrechtlichen Pflichten	2255
3. Nachhaftung für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung	2255
IV. Gewässerschutzrecht	2256
1. Erlaubnis und Bewilligung nach § 8 WHG	2257
2. Indirekteinleitergenehmigung nach § 58 WHG	2260
3. Haftung und Sanierungspflicht nach §§ 89, 90 WHG	2260
V. Kreislaufwirtschaftsrecht	2260
1. Zulassung von Abfallentsorgungsanlagen und Abfalldeponien nach § 35 KrWG	2261
2. Anzeige- und Genehmigungspflichten nach §§ 53, 54 KrWG	2263
3. Stilllegung einer Deponie nach § 40 KrWG	2263
4. Abstrakte Pflichten nach dem KrWG	2264

Inhaltsverzeichnis

VI. Naturschutzrecht	2264
1. Abstrakte Pflichten	2264
2. Naturschutzrechtliche Genehmigung nach § 17 BNatSchG	2265
VII. Emissionshandelsrecht	2266
1. Emissionsgenehmigung nach § 4 Abs. 1 TEHG	2266
2. Berechtigungen	2267
VIII. Energierrecht	2268
1. Genehmigung des Netzbetriebs nach § 4 EnWG	2268
2. Befreiung von der EEG-Umlage nach § 67 EEG	2268
IX. Bergrecht	2269
1. Bergbauberechtigungen	2270
2. Bergrechtliche Pflichten	2272
§ 69 Firmenrecht bei Umwandlungen	2273
I. Recht zur Firmenfortführung	2273
1. Überblick	2273
2. Voraussetzungen der Firmenfortführung	2274
3. Verhältnis zur Firmenfortführung nach § 22 HGB	2278
4. Besonderheiten bei der Partnerschaftsgesellschaft	2279
II. Haftung bei Firmenfortführung	2280
1. Haftung des Firmenfortführers nach § 25 HGB	2280
2. Haftung nach dem UmwG	2280
§ 70 Notar- und Kostenrecht	2280
I. Notarrecht	2281
1. Stellung des Notars	2281
2. Beurkundungserfordernis	2282
3. Beurkundungsverfahren	2286
4. Elektronischer Rechtsverkehr	2295
5. Anzeige- und Mitteilungspflichten	2296
6. Notarbescheinigungen	2298
7. Berichtigungen in öffentlichen Registern und Titeln	2299
II. Notarkosten	2301
1. Allgemeines	2301
2. Einzelne Umwandlungsmaßnahmen	2305
3. Nebentätigkeiten	2309
4. Verpflichtung zu Umwandlungsmaßnahmen	2310
5. Rechtsmittel	2311
III. Gerichtskosten	2311
1. Registergebühren	2311
2. Grundbuchgebühren	2312
IV. Sonstige Kosten	2312
§ 71 Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	2313
I. Delinquenz im Unternehmen und deren Sanktionierung	2314
II. Falschangaben bei der Umwandlung, §§ 346 bis 348 UmwG	2315
1. Einleitung	2315
2. Umwandlungsschwindel, § 346 UmwG	2317
3. Verletzung der Berichtspflicht, § 347 UmwG	2325
4. Abgabe einer falschen Versicherung, § 348 UmwG	2326
III. Verletzung der Geheimhaltungspflicht, § 349 UmwG	2327
IV. Verbandsgeldbußen	2330
1. Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	2331
2. Geldbußen nach deutschem und europäischem Kartellrecht	2339
7. Kapitel. Investmentrechtliches Umwandlungsrecht	
§ 72 Aufsichtsrecht	2345
A. Einführung	2346
I. Begriff und Arten von Investmentvermögen (Fonds)	2346

Inhaltsverzeichnis

II. Gründe für Umwandlungen von Investmentvermögen	2348
III. Umwandlungen nach dem KAGB (Versmelzungen)	2349
B. Verschmelzungen von offenen Investmentvermögen	2350
I. Verschmelzungen von offenen Publikumsinvestmentvermögen	2350
1. Verschmelzungen von offenen Publikumssondervermögen	2350
2. Verschmelzungen unter Beteiligung von offenen InvAGen mit veränderlichem Kapital	2356
II. Verschmelzungen von offenen Spezialinvestmentvermögen	2357
1. Verschmelzungen von offenen Spezialsondervermögen	2357
2. Verschmelzungen von offenen Spezial-InvAGen mit veränderlichem Kapital und offenen InvKGen	2360
C. Umwandlungen von geschlossenen Investmentvermögen	2360
§ 73 Steuerrecht	2361
A. Einführung	2361
I. Überblick über das Besteuerungsregime des InvStG	2361
II. Steuerliche Regelungen zur Verschmelzung von Investmentvermögen	2364
B. Verschmelzung von Investmentfonds	2366
I. Verschmelzung von inländischen Investmentfonds (§ 23 InvStG)	2366
1. Voraussetzungen einer steuerneutralen Verschmelzung	2366
2. Auswirkungen auf den übertragenden Investmentfonds	2367
3. Auswirkungen auf den übernehmenden Investmentfonds	2367
4. Auswirkungen auf die Anleger des Investmentfonds	2368
II. Verschmelzung von ausländischen Investmentfonds (§ 23 Abs. 4 InvStG)	2370
1. Anwendungsbereich des § 23 Abs. 4 InvStG	2370
2. Rechtsfolgen	2371
C. Verschmelzung von Spezial-Investmentfonds	2371
8. Kapitel. Öffentlich-rechtliches Umwandlungsrecht	
Vorbemerkung zu §§ 74–77	2373
§ 74 Rechtsquellen und generelle Leitlinien für Umwandlungen unter Beteiligung der öffentlichen Hand	2373
A. Ausgangspunkt: Gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit	2375
I. Bedeutung des § 1 Abs. 2 UmwG	2376
II. Rechtstechnische Gestaltungsoptionen	2377
1. Umwandlung durch Gesetz?	2377
2. Umwandlung aufgrund Gesetzes	2377
B. Grenzen der Gestaltungsfreiheit	2379
I. Verfassungsrecht	2379
1. Vorbehalt des Gesetzes: Anforderungen an die gesetzliche Grundlage	2379
2. Gesetzgebungskompetenz	2382
3. Verbot der Mischverwaltung	2386
4. Demokratische Legitimation	2387
5. Gemeinwohlbindung/öffentlicher Auftrag	2389
6. Rechtssicherheit	2391
7. Eigentumsgarantie und Gläubigerschutz	2391
II. Europarecht	2395
1. Eigentumsordnung der Mitgliedstaaten	2395
2. Wettbewerbsregeln und Diskriminierungsverbot	2396
3. Spezielles Sekundärrecht für einzelne Umwandlungsvorgänge	2398
III. Einfachgesetzliches (Bundes-)Recht	2400
C. Überblick: Typologie öffentlich-rechtlicher Organisationsformen	2400
I. Körperschaft des öffentlichen Rechts	2401
II. Anstalt des öffentlichen Rechts	2401
III. Stiftung des öffentlichen Rechts	2402
IV. Regie- und Eigenbetrieb	2403

§ 75 Umwandlungsvorgänge bei oder zwischen öffentlich-rechtlichen	
Rechtsträgern	2403
A. Grundlegende Motive für Umwandlungsvorgänge innerhalb der öffentlichen Hand	2405
B. Rechtlicher Rahmen für Umwandlungen innerhalb der öffentlichen Hand	2405
I. Ausgangspunkt: Gestaltungsfreiheit des Organisationsrechtssetzers	2406
II. Schranken der gesetzlichen Ausgestaltung öffentlich-rechtlicher Umwandlungsvorgänge	2406
C. Ausgewählte Umwandlungsvorgänge	2406
I. Umwandlung von Regie- und Eigenbetrieben in Kommunalunternehmen	2407
1. Ziele	2407
2. Umwandlungsvorgang	2408
II. Verschmelzung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	2410
1. Überblick	2410
2. Zusammenlegung von Sparkassen	2410
3. Verschmelzung von juristischen Personen verschiedener Länder	2412
4. Verschmelzung einer juristischen Person des Bundesrechts auf eine solche des Landesrechts oder umgekehrt	2414
III. Umwandlungen mit (partieller) Gesamtrechtsnachfolge zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts	2415
1. Ziele	2416
2. Umwandlungsvorgang	2418
3. Öffentlich-rechtliche Holdingmodelle	2419
4. „Trägerwechsel“	2419
D. Folgen für Beschäftigte	2420
I. Übergang der Arbeitsverhältnisse	2420
1. Keine Überleitung nach § 35a Abs. 2 UmwG i. V. m. § 613a BGB	2420
2. Erforderlichkeit gesetzlicher Regelungen	2421
II. Weiterbeschäftigung von Beamten	2421
§ 76 Umwandlungsvorgänge von öffentlich-rechtlicher in privatrechtliche Rechtsform	2423
A. Motive für Privatisierungsvorhaben der öffentlichen Hand	2425
B. Privatisierungsformen	2425
I. Organisationsprivatisierung	2426
II. Aufgabenprivatisierung	2426
III. Funktionale Privatisierung	2426
C. Rechtliche Vorgaben des UmwG für Privatisierungen	2427
I. Ausgliederung, §§ 168–173 UmwG	2427
II. Formwechsel, §§ 301–304 UmwG	2428
III. Vermögensübertragung, §§ 174–189 UmwG	2429
D. Rechtliche Vorgaben für privatisierende Umwandlungen außerhalb des UmwG	2429
I. Verfassungsrecht	2430
1. Vorbehalt des Gesetzes	2430
2. Demokratische Legitimation	2430
3. Obligatorische Staatsaufgaben	2431
4. Beamtenrechtlicher Funktionsvorbehalt: Art. 33 Abs. 4 GG	2432
II. Europarecht	2432
E. Folgen von Privatisierungen für Beschäftigte	2433
I. Übergang der Arbeitsverhältnisse	2433
1. Überleitung nach § 35a Abs. 2 UmwG i. V. m. § 613a BGB	2433
2. Übertragung kraft gesetzlicher Regelung	2435
II. Weiterbeschäftigung von Beamten	2435
1. Entlassung	2436
2. Sonderurlaub	2436
3. Dienstüberlassung	2436
4. Zuweisung	2437
F. Gestaltungsmöglichkeiten für privatisierende Umwandlungsvorgänge außerhalb des UmwG	2438
I. Formwechsel zu privatrechtlichen Rechtsformen	2439

Inhaltsverzeichnis

II. Verschmelzung auf privatrechtliche Rechtsträger	2439
III. Spaltung auf privatrechtliche Zielrechtsträger	2439
§ 77 Umwandlungsvorgänge von privatrechtlicher in öffentlich-rechtliche Rechtsform	2440
A. Motive für Rekommunalisierung	2442
B. Rekommunalisierungsformen	2443
I. Organisationsformbezogene Rekommunalisierung	2443
II. Aufgabenbezogene Rekommunalisierung	2444
III. Institutionalisierte Public Private Partnership (PPP)	2444
C. Rechtlicher Rahmen für Rekommunalisierungen nach dem UmwG	2445
I. Vermögensübertragung, §§ 174–189 UmwG	2445
1. Beteiligungsfähige Rechtsträger	2445
2. Übertragungsgegenstand	2446
3. Gegenleistung	2446
II. Hintereinandergeschaltete Umwandlungsvorgänge	2447
D. Rechtliche Vorgaben außerhalb des UmwG	2447
I. Verfassungsrecht	2448
1. Selbstverwaltungsgarantie, Art. 28 Abs. 2 GG	2448
2. Demokratische Legitimation	2449
3. Haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ...	2449
4. Grundrechte	2449
II. Beihilferecht	2451
III. Kartellrecht	2452
1. Grundsatz: Keine Missbrauchskontrolle öffentlich-rechtlicher Gebühren und Beiträge	2453
2. Durchbrechungen dieses Grundsatzes	2453
IV. Kommunalwirtschaftsrecht	2454
E. Folgen von Rekommunalisierungen für Beschäftigte	2455
I. Übergang der Arbeitsverhältnisse	2455
1. Überleitung nach § 35a Abs. 2 UmwG i. V. m. § 613a BGB	2455
2. Übertragung kraft gesetzlicher Regelung	2456
II. Weiterbeschäftigung von Beamten	2456
F. Wege zur Rekommunalisierung außerhalb des UmwG	2457
I. Gestaltungsmöglichkeiten für Umwandlungsvorgänge außerhalb des UmwG .	2457
1. Formwechsel aufgrund allgemeiner landesrechtlicher Vorschriften	2457
2. Umwandlungen aufgrund spezieller landesrechtlicher Vorschriften	2458
II. Gestaltungsmöglichkeiten ohne Notwendigkeit einer Umwandlung	2459
Sachverzeichnis	2461